



# FIGU ZEITZEICHEN



**Sonderausgabe**  
**Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel**

Erscheinungsweise:  
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

12. Jahrgang  
Nr. 206 Juni/4 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,  
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

**Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

## **Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz**

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

\*\*\*\*\*

# INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

17.6.2026



Israelische Soldaten entern die Global Sumud Flotilla, 19. Mai 2026.  
Über den Angriff haben wir berichtet, Kommentare erhalten und nicht alle publiziert. © zVg

## Warum wir manche Kommentare zu Israel nicht publizieren Wer Israelkritik übt, ist kein Antisemit. Wer aber Juden weltweit für Israel in Haftung nimmt, betreibt Abstammungshaftung.

Daniel Ryser

Zum Thema Israel und Palästina erhält die Infosperber-Redaktion immer wieder Kommentare, die wir löschen. Und dann kann es passieren, dass uns die Verfassenden vorwerfen, wir würden Zensur ausüben. Hier erklären wir, warum wir gewisse Kommentare nicht publizieren.

Wir kritisieren die israelische Regierung. Das tun wir, das werden wir tun, und es kommt vor, dass man dann mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert ist, ein Vorwurf, der so falsch ist wie er billig ist. Denn eine Regierung oder einen Staat zu kritisieren ist keine Feindschaft gegen ein Volk.

Aber dann erreichen uns immer wieder Kommentare, in denen es heisst: Ausgerechnet die Juden, die den Holocaust erlebt haben, machen nun dasselbe. Oder: Warum beklagen sich Jüdinnen und Juden über Antisemitismus, wenn sie tolerieren, was Israel tut? Das klingt nach Israelkritik, ist es aber nicht, denn die Frage unterstellt, dass alle Jüdinnen und Juden für Israel oder für die Politik der israelischen Regierung sprechen, schweigen oder haften.

### Jude sein verpflichtet?

Es wird eine Abstammungshaftung konstruiert, mit folgender Logik: Jude zu sein verpflichtet. Zu Israel. Immer. Überall. Der Jude in Zürich, die Jüdin in New York, in Buenos Aires – sie alle trügen Verantwortung für den Staat und dessen Regierung. Und weil ihnen, ihrer Familie, ihren Vorfahren Schreckliches widerfahren sei, würden sie eine historische Bringschuld tragen, daher müssten sie laut sein. Sie müssten sich verhalten, müssten eine Meinung haben, sonst verwirkten sie das Recht, Antisemitismus zu benennen.

Ferdinand von Schirach, dessen Grossvater der Nazi Baldur von Schirach war – Gauleiter von Wien, in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilt –, hat geschrieben: «Die Schuld meines Grossvaters ist die Schuld meines Grossvaters. Der Bundesgerichtshof sagt, Schuld sei das, was einem Menschen persönlich vorgeworfen werden könne. Es gibt keine Sippenhaft, keine Erbschuld, und jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Biografie.» Das bedeutet: Niemand erbt die Schuld seiner Vorfahren. Aber es bedeutet auch etwas anderes: Niemand erbt das Leid seiner Vorfahren als Verpflichtung. Die Enkelin einer Auschwitz-Überlebenden in Montreal schuldet der Welt keine Stellungnahme zu Benjamin Netanyahu. Ihre Biografie gehört allein ihr. Nicht der Geschichte. Nicht dem Kollektiv. Nicht der Infosperber-Leserschaft. Sondern ihr.

Wer das anders sieht, wer Jüdinnen und Juden überall auf der Welt in Haftung nimmt für einen Staat, weil sie Jüdinnen und Juden sind, der betreibt keine Israelkritik. Der betreibt Abstammungshaftung. Und die publizieren wir nicht.

### Diskriminierung in Meinungsform

Die «Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus», die 2021 von über 370 Holocaustforschern, Judaisten und Nahostexperten unterzeichnet wurde – als bewusstes Korrektiv zur politisch oft missbrauchten IHRA-Definition, die unter anderem der Deutsche Bundestag verwendet und die Israelkritik in die Nähe von Anti-

semitismus rückt – hält in ihren Richtlinien zu Israel und Palästina fest, es sei antisemitisch, «Jüd:innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloss weil sie jüdisch sind, als Agent:innen Israels zu behandeln.» Und es sei antisemitisch, «Menschen, weil sie jüdisch sind, aufzufordern, Israel oder den Zionismus öffentlich zu verurteilen.»

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Unsere Gesellschaft lebt davon, dass gestritten wird, laut und kontrovers und unbequem. Aber Abstammungshaftung ist keine politische Position, sondern Diskriminierung in Meinungsform und hat mit dem eigentlichen Thema, Kritik an Israel, nichts zu tun.

**INFOSperber**  
sieht, was andere übersehen.

5.6.2026



Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius am 25. September 2025 über die Urhebererschaft Russlands: «Der Verdacht liegt nahe.» © SRF

## **Drohnenangriffe: Plötzlich gibt es Zweifel an Russlands Rolle Drohnen über dänischen Flughäfen machten Furore. Eine TV-Recherche stellt alles in Frage. Ein Musterbeispiel von Desinformation.**

Urs P. Gasche

«Keine Beweise für Drohnenangriff», titelte die «NZZ» am 27. Mai 2026 und informierte über eine Recherche des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Dänemark, welche «die Attacke auf Dänemark in Frage stellt.

Das Fernsehen SRF oder ARD und andere grosse Medien informieren nicht darüber, obwohl sie im September 2025 Aussagen von Politikern und Sicherheitsexperten verbreitet hatten, Russland habe im Rahmen des hybriden Kriegs dänische Flughäfen mit Drohnen bedroht.

Der Flughafen Kopenhagen hatte nach angeblicher Sichtung von zwei bis drei grossen Drohnen den gesamten Flugverkehr für mehrere Stunden komplett eingestellt.



Es besteht kein Zweifel, dass Russland gegen den Westen hybride Mittel einsetzt, um ihn mit offenen und versteckten Aktionen politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu schwächen oder zu erpressen.

Die gleichen Mittel verwenden die USA, Israel und andere Mächte (Informationen dazu in diesem Artikel).

Schlagzeilen am 25. September 2025: Zur hybriden Kriegsführung gehört das Manipulieren von Medien.

Drohnen über vier Flughäfen in Dänemark gesichtet. © ARD Geheimdienste, vom Militär finanzierte Think-Tanks sowie Experten mit Interessenkonflikten versorgen Medien mit einseitig ausgewählten und irreführend aufbereiteten Informationen und geben auch eine wertende Wortwahl vor.

Die Drohnen über Dänemark sind ein Beispiel dafür.

Niemand sagte damals, es gebe Beweise oder auch nur Indizien, dass Russland hinter dem «Drohnenangriff» stecke. Doch die Informationen wurden so aufbereitet und formuliert, dass bei den Zuschauern und Leserinnen der klare Eindruck entstand, Russland sei für diese «hybride Kriegsführung» verantwortlich.

«Wird Dänemark nun Polen und Estland folgen und Artikel 4 des Nato-Vertrags aktivieren?», fragte etwa Skandinavien-Korrespondent Alex Rühle im «Tages-Anzeiger» und der «Süddeutschen Zeitung». Mit dieser Frage suggerierten die Zeitungen, dass der Nato-Staat Dänemark von Russland angegriffen worden sei.

«NZZ»-Inlandchefin Christina Neuhaus kommentierte: «Russische Kampfjets über der Ostsee, Drohnen über skandinavischen Flughäfen, Cyberattacken gegen europäische Infrastruktur – Europa rüstet sich für den Ernstfall: Die Nato will russische Jets im Notfall künftig abschiessen.» Neuhaus schrieb nicht explizit, dass die Drohnen über skandinavischen Flughäfen aus Russland stammten, aber die Leserinnen und Leser mussten ihre Formulierung so verstehen.

Die ARD-Tagesschau meldete: «Wer die Drohnen gesteuert hat, ist noch unklar. Eine Verantwortung Russlands wird aber nicht ausgeschlossen.»

«Ausschliessen» kann man fast nie etwas.



© nato

Die SRF-Tagesschau verbreitete: «Dänemark und auch Deutschland vermuten Russland hinter den Flügen.» Als «Bestätigung» folgte die Aussage von Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius: «Der Verdacht liegt nahe.» Die SRF-Tagesschau verbreitete auch unkommentiert einen Post des Nato-Generalsekretärs Mark Rutte: «Die Nato-Verbündeten und Dänemark arbeiten eng zusammen, um die Sicherheit unserer kritischen Infrastruktur zu gewährleisten.» Auch dies eine Aussage, die Russland als Täter nahelegt.

Der Korrespondent der «Süddeutschen Zeitung» schrieb am 26. September 2025 im «Tages-Anzeiger» zwar: «Der (dänische) Verteidigungsminister Troels Lund Poulsen betonte gestern auf einer Pressekonferenz, dass man nicht wisse, wer hinter den Flügen stecke. Derzeit gebe es keine Hinweise darauf, dass Russland dafür verantwortlich sei.» Doch habe Poulsen hinzugefügt: «Länder oder Akteure haben ein Interesse daran, die Unterstützung für die Ukraine zu untergraben. Es ist wichtig, dass wir uns davon nicht einschüchtern lassen.» Es sei angesichts der «systematisch durchgeführten Aktion», die er als «hybride Angriffe» bezeichnete, klar, dass man es mit einem «professionellen Akteur» zu tun habe. «Poulsen sagte, man stehe in engem Kontakt mit der EU und der Nato, habe aber noch nicht entschieden, ob Artikel 4 aktiviert werden sollte.» Damit suggerierte Poulsen trotz des erklärten «Unwissens», Russland stecke dahinter.

Um Russlands Täterschaft noch stärker nahelegen, zitierten die «Süddeutsche» und der «Tages-Anzeiger» den Sicherheitsexperten Stiig Waeber, der jahrelang für den dänischen Geheimdienst gearbeitet hatte: Es seien «professionell koordinierte Angriffe gewesen, die uns austesten sollen». Waeber wird weiter zitiert: «Es ging denjenigen, die das ausgeführt haben, darum, Angst zu säen und zu zeigen, dass sie in der Lage sind, tief in unsere Verteidigungssysteme einzudringen und danach unerkannt zu verschwinden». Genau das mache es so unheimlich. [...] Wer immer das war, wollte gesehen werden, sonst wären die nicht mit grell blinkenden Lichtern herumgeflogen.»

Wer konnte das sein, wenn nicht Russland?

Die «Süddeutsche» und die Tamedia-Zeitungen führen fort:

«Die Zeitung «Berlingske» wiederum schreibt von einem Schiff unter norwegischer Flagge mit russischer Besatzung, das während des Drohnenvorfalls in Kastrup nur wenige Kilometer vom Flughafen entfernt an der Küste gelegen habe. Die Polizei habe dasselbe Schiff auch während eines Drohnenflugs über dem Hafen von Køge im Januar auf dem Radar ausgemacht.»

Einen Tag später schrieb der Brüssel- und Nato-Korrespondent der «NZZ», Antonio Fumagalli: «Die Nervosität ist gross. «Russland testet die EU und die Nato – und unsere Antwort muss kraftvoll, geeint und umgehend sein», sagte EU-Verteidigungskommissar Andrius Kubilius am Freitagnachmittag. Dass er sich dabei auf die jüngsten Luftraumverletzungen in Polen, Estland, Rumänien und nun auch in Dänemark bezog, die mutmasslich allesamt auf das Konto des russischen Regimes gehen, musste er gar nicht erwähnen.»

Die zitierten Zeitungen und auch andere Medien übernahmen ungeprüfte Behauptungen und Vermutungen und wählten die Wortwahl so aus, dass Russland als Täter überkam.

### Weder Beweise noch Indizien

Auch die ausgiebigen Recherchen des dänischen Fernsehsenders können die Urheberschaft Russlands «nicht ausschliessen». Man kann selten etwas «ausschliessen», solange keine Beweise vorliegen. Doch auch Indizien gebe es keine, sondern nur Überlegungen, dass ein Drohnen-Angriff zum geopolitischen Kontext oder zur Interessenlage Russlands passe.

Ganz «ausschliessen» kann man auch nicht, dass die Videos mit den Drohnen Fälschungen waren, um die Öffentlichkeit zum allgemeinen Aufrüsten zu gewinnen.

Da trotz Abwehredispositiv keine einzige der Drohnen abgeschossen wurde, gibt es keine Überreste. Deshalb wird die Herkunft der Drohnen ein Geheimnis bleiben.

Zum «verdächtigen» Schiff unter norwegischer Flagge mit russischer Besatzung, das während des Drohnen-vorfalls in Kastrup nur wenige Kilometer vom Flughafen entfernt an der Küste gelegen habe, kommt eine Recherche der «NZZ» zu folgendem Befund: «Zum gegebenen Zeitpunkt befanden sich zwei Frachter und ein Tanker mit Verbindungen zu Russland in der Meerenge. Das französische Militär enterte später eines der Schiffe und nahm zwei Besatzungsmitglieder fest. [...] Einen Nachweis, dass der Öltanker «Pushpa» am Drohnenangriff beteiligt war, gibt es bis heute nicht.»

Fazit der «NZZ» am 27. Mai 2026: «Noch heute fehlt der Beweis, dass die Drohnen von einem der Schiffe kamen. Oder dass es überhaupt Drohnen gab.» Rasmus Dahlberg, ausserordentlicher Professor für öffentliche Sicherheit an der Universität Roskilde, erklärte der «NZZ», «er könne und wolle nicht ausschliessen, dass sich überhaupt keine Drohnen über Dänemark befunden hätten». Dahlberg und andere Experten seien «nicht sicher, ob auf den damals verbreiteten Videos wirklich Drohnen zu sehen seien», informierte die «NZZ».

Die Zeitung ergänzte: «Das Fehlen von Beweisen beweist nicht das Gegenteil.» Russland profitiere jedoch selbst dann, falls es gar nicht Russland gewesen war: «In diesem Fall stünden die dänische Regierung und ihre Nato-Verbündeten als paranoid da – etwas, was die russische Propaganda schon lange glauben zu machen versucht.»

Vertrauen könne nur zurückgewonnen werden, schliesst «NZZ»-Nordeuropa-Korrespondentin Lina Koponen, «wenn die Ereignisse lückenlos aufgeklärt werden».



Depositphotos.com

## Benzin nur noch per QR-Code: Die digitale Rationierung erreicht die Krim

uncut-news.ch, Juni 8, 2026

Was vor wenigen Jahren noch als dystopische Zukunftsvision galt, wird auf der Krim zur Realität: Wer tanken will, braucht künftig einen persönlichen QR-Code. Benzin gibt es nicht mehr frei an der Zapfsäule, sondern nur noch mit staatlicher Genehmigung – und nur in begrenzter Menge.

Die Behörden in Sewastopol haben ein System eingeführt, bei dem jedem Fahrzeug ein individueller QR-Code zugewiesen wird. Dieser berechtigt zum Kauf von lediglich 20 Litern Treibstoff pro Woche. Gleichzeitig werden Kennzeichen erfasst und die Tankvorgänge zentral überwacht.

Offiziell soll die Massnahme die Folgen der massiven Treibstoffknappheit abfedern. Ukrainische Drohnenangriffe auf Raffinerien, Tanklager und Nachschubrouten haben die Versorgung der Halbinsel schwer getroffen. Tankstellen sind leer, Autofahrer stehen stundenlang an, manche tragen sich inzwischen auf Wartelisten ein, um überhaupt eine Chance auf Treibstoff zu erhalten. (Reuters)

Doch der eigentliche Skandal liegt tiefer.

Mit dem QR-Code wird aus einer wirtschaftlichen Krise ein digitales Kontrollsystem. Der Staat entscheidet nicht mehr nur über den Preis des Treibstoffs, sondern darüber, wer tanken darf, wann getankt werden darf und wie viel Benzin jeder Bürger erhalten soll. Die Tankstelle wird damit faktisch zu einer staatlich überwachten Ausgabestelle.

Besonders bemerkenswert: Während gewöhnliche Bürger mit 20 Litern abgespeist werden, versichern die Behörden, dass staatliche Stellen, Sicherheitskräfte und öffentliche Dienste ausreichend versorgt seien. Für die Bevölkerung gelten Einschränkungen, für den Staatsapparat nicht. (pravda.com.ua)

Der Fall Sewastopol zeigt, wie schnell sich digitale Identifikationssysteme von einem Komfortinstrument zu einem Instrument der Zuteilung entwickeln können. Heute betrifft es Benzin. Morgen könnten es Strom, Lebensmittel oder andere knappe Ressourcen sein.

Die Krim liefert damit einen seltenen Einblick in eine Zukunft, in der nicht mehr Bargeld oder Angebot und Nachfrage über den Zugang zu lebenswichtigen Gütern entscheiden – sondern ein QR-Code auf dem Smartphone.

Quelle: Заправка раз в неделю: в Севастополе разработали специальные QR-коды на бензин

Quelle: <https://uncutnews.ch/benzin-nur-noch-per-qr-code-die-digitale-rationierung-erreicht-die-krim/>



## Kein Wunder: Die US-Behörden gehen gegen «Anti-Tech-Extremisten» vor, während der Hass auf KI zunimmt

Daniel Boguslaw über Wired via Technocracy News, Juni 11, 2026

Mittlerweile sind Proteste gegen KI-Rechenzentren im ganzen Land mit einem Stigma behaftet. Man geht zu Stadtratssitzungen und macht seinem Unmut Luft, weil riesige Rechenzentren in die eigene Umgebung vordringen? Man trägt auf der Strasse ein Plakat, auf dem man Rechenzentren kritisiert? Man kritisiert Leute wie Sam Altman oder Elon Musk in den sozialen Medien? Dann könnte man als «Neo-Luddit» abgestempelt werden und auf einer schwarzen Liste der Behörden landen, sodass man überall, wo man auftaucht, überwacht wird.

Das ist keine Spekulation. Wie Wired berichtet, «haben in Kalifornien, Illinois, Indiana, New Jersey, Oklahoma und Wisconsin staatliche und lokale Polizeikräfte Redner bei Bürgerversammlungen, die Rechenzentren kritisieren, des Saales verwiesen oder festgenommen – in einem Fall sogar, bevor sie überhaupt zu Wort kommen durften.»

Der Widerstand gegen KI ist massiv: 70% der Amerikaner lehnen den Bau lokaler Rechenzentren ab, Hunderte von Gruppen sind in 42 Bundesstaaten aktiv, und allein im Jahr 2025 kam es bei Projekten im Wert von 156 Milliarden Dollar zu Verzögerungen oder sie wurden blockiert. Technokraten hassen jeden, der ihnen einen Strich durch die Rechnung macht. – Patrick Wood, Herausgeber.

Nach Anschlägen auf Unternehmenschefs, einer landesweiten Protestbewegung gegen Rechenzentren und wachsenden Befürchtungen, dass KI Arbeitsplätze ersetzen könnte, verbreiten die Bundesnachrichtendienste und die innerstaatlichen Strafverfolgungsbehörden Berichte, die ein neues Ziel im Inland im Visier haben: technikfeindliche Extremisten.

Mehr als 1000 Seiten unveröffentlichter Berichte des Heimatschutzministeriums, des FBI und von Fusionszentren, die WIRED vorliegen, zeigen einen landesweiten Wandel hin zur Überwachung dieser neuen und besorgniserregend weit gefassten Kategorie von Personen und Aktivitäten, die als aufkommende Bedrohung angesehen werden.

Diese neuen Bemühungen folgen auf Präsident Donald Trumps National Security Presidential Memo 7, das das Justizministerium anweist, gegen jeden vorzugehen, der «anti-amerikanische», «anti-christliche» und «antikapitalistische» Überzeugungen vertritt. Anfang dieses Monats veröffentlichte Trumps Anti-Terror-Beauftragter Sebastian Gorka eine öffentliche Anti-Terror-Strategie, in der er behauptete, dass linksextreme Kräfte eine der drei obersten Prioritäten der Terrorismusbekämpfung der Vereinigten Staaten seien.

Zusammengenommen haben diese Anweisungen der Trump-Regierung den innerstaatlichen Überwachungsapparat dazu genutzt, Äusserungen und Versammlungen zu überwachen und unter Strafe zu stellen, die die Ideologie des Weissen Hauses in Frage stellen. Ein neuer Fokus auf technologiefeindlichen Extremismus fügt den bereits öffentlichen Einstufungen unter einer Präsidentschaft, die starkes politisches und

materielles Kapital in die Verbreitung von KI und Rechenzentren investiert hat, eine bisher nicht gemeldete Kategorie hinzu.

Unter den Dokumenten in der von WIRED erhaltenen Tranche befindet sich ein Bericht des New York Intelligence and Counterterrorism Bureau, der vor weitreichenden Unruhen als Reaktion auf die Einführung von KI warnt. Besonders bemerkenswert ist ein neu geprägter Begriff für das, was das Bureau als aufkommende extremistische Bedrohung bezeichnet.

«Die chaotische Atmosphäre, die in den nächsten fünf Jahren durch aufkommende KI-Technologie entstehen könnte, könnte gross angelegte Proteste schüren, die in zivile Unruhen und gewalttätige anti-technologische extremistische Aktivitäten münden, insbesondere in grossen städtischen Gebieten wie New York City», heisst es in dem Bericht. Der Begriff «gewalttätiger Anti-Tech-Extremismus» taucht in keinem öffentlich zugänglichen Bericht oder Leitfaden des DHS oder des FBI zum Thema inländischer Extremismus auf und stellt eine neuartige Zusammenfassung einer breiten Palette von Ideologien unter einer einzigen extremistischen Kategorie dar.

In derselben Einschätzung des Intelligence Bureau beschreiben Analysten zudem eine neue Bedrohung, die im Zuge der Verhaftung und des Prozesses gegen Ziz Laota entstanden ist, einen extremen Rationalisten, der angeblich eine kleine sektenähnliche Gruppe anführte, von der drei Mitglieder wegen Mordes angeklagt wurden und die mit einer obsessiven Ideologie verbunden ist, die sich auf das von KI ausgehende existenzielle Risiko konzentriert.

Zwar ist die zizianische Ideologie extremistischer Natur, doch sind weniger extreme Ausprägungen derselben Ängste vor dem katastrophalen Potenzial der KI ein weit verbreitetes Anliegen unter Experten für KI-Alignment, Ingenieuren für maschinelles Lernen und sogar wegweisenden KI-Unternehmen. Dennoch warnt das Intelligence Bureau, dass sich «paranoide Ansichten bezüglich KI» im Nachgang zum Prozess gegen die Zizianer ausbreiten könnten, bedingt durch deren «Versuch, die Überzeugung zu begründen, dass eine gottgleiche Inkarnation der KI unmittelbar bevorsteht», sowie durch den Glauben, dass «Menschen ihre Zeit in der Gegenwart bestmöglich nutzen müssen, um sich der Gewährleistung ihrer Übereinstimmung mit der menschlichen Moral zu widmen, oder andernfalls mit existenziellen Konsequenzen rechnen müssen, sollten sie dies versäumen.»

Die Einschätzung des NYPD folgt auf die Zusammenarbeit der Behörde mit dem FBI im vergangenen Jahr, um den Signal-Chat einer Aktivistengruppe zu überwachen, die Freiwillige koordinierte, um öffentliche Anhörungen vor Einwanderungsgerichten in New York zu beobachten. Laut Dokumenten, die «The Guardian» vorliegen, überwachte das FBI-Aktivisten im Rahmen einer umfassenderen Untersuchung gegen «gewalttätige anarchistische Extremisten», eine der in der neuen Strategie zur Terrorismusbekämpfung genannten Bedrohungskategorien.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gegründet, sind mittlerweile 80 Fusionszentren über das Land verteilt und dienen als Vermittler zwischen den Bundesnachrichtendiensten und den staatlichen sowie lokalen Strafverfolgungsbehörden. Neben der Sorge um Teile der amerikanischen Bevölkerung, die durch die rasante Verbreitung von KI verunsichert sind, sammeln und verbreiten diese Zentren auch «Nachrichten» über angebliche Bedrohungen für Rechenzentren.

Ein Fusionszentrum in West-Pennsylvania behauptete beispielsweise, dass «feindliche Akteure, darunter staatlich geförderte Einrichtungen, kriminelle Gruppen und Extremisten wie einheimische gewalttätige Extremisten oder Umwelt-Extremisten, US-Rechenzentren ins Visier nehmen könnten» und dass «diese Akteure auch die strategische Bedeutung von Rechenzentren für die US-Wirtschaft ausnutzen könnten, indem sie diese für Aktivitäten wie das Schürfen von Kryptowährungen nutzen oder Drittparteien wie Scheinfirmen einsetzen, um Zugang zu US-Daten und -Infrastruktur zu erlangen.»

Ein Bericht des Northern Virginia Regional Intelligence Center warnte, dass AGAAVEs – gewalttätige Extremisten, die gegen die Regierung und Autoritäten gerichtet sind – unter dem Einfluss von Beschwerden gegen die Regierung und Verschwörungstheorien Vorplanungen durchgeführt haben, die auf Rechenzentren und andere kritische Infrastruktureinrichtungen abzielen, um Regierungsabläufe zu stören. Bei der Aufschlüsselung der Indikatoren für verdächtige Aktivitäten listet der Geheimdienstbericht jedoch Aktivitäten auf, die leicht von friedlichen Demonstranten durchgeführt werden könnten, sagen Rechtsexperten.

«Diese Geheimdienstberichte sind Teil einer langen Tradition, in der Behörden Proteste oder sogar bloss das Vertreten starker Meinungen als Vorläufer von Gewalt identifizieren», erklärt Spencer Reynolds, Senior Counsel beim NAACP Legal Defense Fund, gegenüber WIRED. «Meldungen über verdächtige Aktivitäten sind unglaublich unzuverlässig, betreffen oft vages oder harmloses Verhalten und werden nach laxen Massstäben ausgestellt. Diese Berichte, die oft in grosser Zahl eingehen, ermöglichen es Beamten, ihre eigenen Vorurteile einzubringen und in den Fakten das zu sehen, was sie sehen wollen.»

Zu den vage definierten Aktivitäten, die vom Geheimdienstzentrum in Nord-Virginia als verdächtig eingestuft wurden, gehören «ausgedrückte/implizierte Drohungen», «Beobachtung/Überwachung», «Fotografieren», «Testen/Ausloten der Sicherheit» und «versuchtes Eindringen».

«Das FBI ermittelt gegen Personen, die Gewalt oder kriminelle Handlungen begehen oder beabsichtigen, die ein Bundesverbrechen darstellen oder eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen», schrieb das FBI in einer Stellungnahme an WIRED. «Wir haben keinen weiteren Kommentar.»

Das Ministerium für Innere Sicherheit reagierte nicht auf die Bitte von WIRED um eine Stellungnahme.

Unterdessen verbreitete dasselbe Informationszentrum im März auch einen Bericht, der die Überwachung von verfassungsrechtlich geschützten Veranstaltungen und Demonstrationen im Zusammenhang mit kritischen Ansichten zur Technologie aufzeigte. Zu diesen Veranstaltungen gehörten mehrere «Tesla Takedown»-Proteste gegen Elon Musks Plünderung der US-Regierung sowie eine von Eject Elbit gesponserte «Break Up With Tech Rager»-Veranstaltung – eine Aktivistengruppe, die sich dafür einsetzt, Investitionen in den israelischen Waffenhersteller Elbit zu stoppen.

Neben Geheimdienstanalysten, die in Fusionszentren und bei Bundespolizeibehörden arbeiten, scheinen auch Open-Source-Geheimdienstunternehmen, die Verträge mit Bundespolizeibehörden haben, das Internet nach dem zu durchforsten, was sie als technikfeindliche Stimmung bezeichnen. Im Januar 2025 verbreitete SITE Intelligence Bulletins an Fusionszentren, in denen behauptet wurde, dass Gespräche in einem «neo-ludditischen» Discord-Server gewalttätig geworden seien, wobei ein Nutzer der Gruppe zu Gewalt gegen Tech-CEOs und Kraftwerke aufgerufen habe.

«SITE ist ein gewinnorientiertes privates Geheimdienstunternehmen, das für seine Kunden aus dem Bereich der Strafverfolgung soziale Medien überwacht.

Es verspricht, eine unglaublich schwierige, wenn nicht gar unmögliche Aufgabe zu bewältigen: das konsequente Durchforsten von Social Media, die von anonymen Nutzern verfasst wurden und voller Insiderwitze, Slang, verschiedener Sprachen, Unklarheiten und so weiter sind, um glaubwürdige Informationen zu liefern, die Bedrohungen vorhersagen können», sagt Reynolds. «Stattdessen konzentriert sich diese Art von Aktivität eher auf die Ansichten der Menschen zu Themen wie Polizeiarbeit, Abtreibung, wirtschaftliche Ungleichheit, Impfstoffe oder anderen aktuellen Reizthemen.»

«Indem wir unseren OSINT-Fokus ausschliesslich auf Gemeinschaften beschränken, die nachweislich mit realen Schäden in Verbindung stehen, haben selbst provokative Kommentare einen informativen Wert, da sie die Stimmung innerhalb einer Gemeinschaft gegenüber einem Ziel widerspiegeln. Unsere Berichte zeigen einen bemerkenswerten Anstieg von Online-Drohungen, die zu Sabotage gegen Rechenzentren aufrufen, was Anlass zu echter Sorge gibt“, erklärt Rita Katz, Gründerin von SITE, gegenüber WIRED in einer E-Mail.

Die von WIRED erhaltenen Dokumente zeigen auch, dass Fusionszentren derzeit persönliche Versammlungen im Auge behalten. Das Zentrum in Nord-Virginia erstellte einen Bericht über Demonstrationen bei lokalen Bürgerveranstaltungen, darunter die Haushaltssitzung von Arlington County und die Sitzung des Schulausschusses von Fairfax County. Im ganzen Land gehören Bürgerversammlungen und Sitzungen der Haushaltsausschüsse zu den wichtigsten Foren, in denen Anwohner ihren Widerstand gegen den Bau von Rechenzentren in ihrer Nachbarschaft zum Ausdruck bringen.

Laut Data Center Watch, einem Projekt des KI-Sicherheitsunternehmens 10a Labs, das den Widerstand gegen Rechenzentren verfolgt, haben sich Hunderte von Organisationen in 42 Bundesstaaten zusammengeschlossen, um den Bau von Rechenzentren in ihren Städten und Landkreisen zu verhindern. Diese Bemühungen sind oft umstritten. In Kalifornien, Illinois, Indiana, New Jersey, Oklahoma und Wisconsin haben staatliche und lokale Polizeikräfte Redner bei Bürgerversammlungen, die Rechenzentren kritisieren, des Saales verwiesen oder festgenommen – in einem Fall sogar, bevor sie überhaupt zu Wort kommen durften. Nach US-Recht ist inländischer Terrorismus kein eigenständiger Straftatbestand, der vor Gericht geltend gemacht wird. Stattdessen ermöglichen Gesetze gegen inländischen Terrorismus die gezielte Überwachung von Extremisten, wobei Anklagen manchmal mit Terrorismus-Erschwerungsgründen versehen werden und manchmal ganz darauf verzichten. Dies hat dazu geführt, dass Demonstranten und Aktivisten unter Bestimmungen gegen inländischen Extremismus überwacht werden, während sie wegen Straftaten wie Hausfriedensbruch und Vandalismus angeklagt werden.

Die Fokussierung der Bundesbehörden auf Anti-Tech-Aktivitäten zeigt sich in einer Einladung zu einem Vortrag des Extremismusforschers Mauro Lubrano, die in Fusionszentren im ganzen Land zirkuliert. Lubrano hat sich zu einem der führenden Experten für Anti-Technologie-Extremismus entwickelt. Er ist Autor von «Stop the Machines: The Rise of Anti-Technology», in dem drei Hauptströmungen einer neu entstandenen Bedrohungsmatrix beschrieben werden: aufständische Anarchisten, Öko-Extremisten und Ökofaschisten.

Lubrano identifiziert in seinem Buch Anhänger des «Unabombers» Ted Kaczynski, deutsche Anarchisten, mexikanische Öko-Extremisten und rechtsextreme Faschisten des Terrorgram Collective als unterschiedliche, aber miteinander verbundene Komponenten einer aufkommenden tech-extremistischen Bewegung. Laut Lubranos Analyse verbindet diese Gruppen die Tatsache, dass sie alle Gewalttaten zur Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele geplant oder ausgeführt haben.

Lubrano sagte, er sei nicht überrascht, dass sein Vortrag in einem Fusionszentrum auftauchte, mahnte jedoch, dass jeder Rahmen für Anti-Tech-Extremismus mit Bedacht gehandhabt werden müsse. «Ich hoffe, dass die Warnung, die ich zusammen mit anderen Kollegen ausgesprochen habe, zur Kenntnis genommen

wird. Anti-Technologie-Gewalt ist zwar inakzeptabel, sollte aber nicht als Vorwand dienen, KI und neue Technologien zu «securitize» und damit diejenigen zum Schweigen zu bringen, die der aktuellen Entwicklung kritisch gegenüberstehen», sagt Lubrano gegenüber WIRED.

Spencer Reynolds meint jedoch, dass trotz der realen, wenn auch begrenzten Bedrohung, die von diesen Gruppen ausgeht, eine Kategorie wie «Anti-Tech-Extremismus» so weit gefasst werden könnte, dass sie friedliche Demonstranten vor Rechenzentren, KI-Skeptiker und jeden erfasst, der ein Problem mit der Technologie hat, die das moderne Leben durchdringt.

«Da sich die Menschen weiterhin für eine bessere Zukunft organisieren, werden wir wahrscheinlich mehr Überwachung und Kriminalisierung dieser Opposition erleben, genau wie wir es in den letzten Jahrzehnten bei Black Lives Matter, Occupy Wall Street und Umweltbewegungen gesehen haben», sagt Reynolds.

Ein Bericht des DHS Office of Intelligence and Analysis vom Januar 2025 untermauert diese Sichtweise, indem er versucht, Luigi Mangione – den mutmasslichen Attentäter auf UnitedHealth-CEO Brian Thompson – mit Kaczynski in Verbindung zu bringen. «Strafverfolgungsbehörden berichten, dass die Person möglicherweise von Ted Kaczynski (dem Unabomber) und dessen technikfeindlichen Überzeugungen inspiriert wurde», heisst es in dem Bericht, ohne dass weitere Beweise angeführt werden. Er schliesst mit einer Warnung, wonach Führungskräfte «ein erhöhtes Risiko für gezielte Gewalttaten oder Gewaltandrohungen» haben, wenn sie «als Personen wahrgenommen werden, die Menschen mit geringeren Mitteln ausnutzen». Das vielleicht eindeutigste Beispiel dafür, wie gewaltfreie Kritik an Technologie aufgegriffen und als Bedrohung eingestuft werden kann, findet sich jedoch in einem Open-Source-Bericht, der im April 2025 von SITE Intelligence verbreitet wurde. Der Bericht weist auf ein Video der progressiven gemeinnützigen Organisation More Perfect Union hin, das die zerstörerischen Auswirkungen eines Rechenzentrums auf Anwohner in Georgia thematisiert. Nichts in dem Video befürwortete Gewalt gegen Eigentum oder Personen. Doch dank der gezielten Überwachung durch Fusionszentren wird die Interessenvertretung nun landesweit bei US-Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden als potenzieller Bedrohungsvektor gehandelt.

Quelle: It Figures: Feds Go After 'Anti-Tech Extremists' As AI Hatred Grows

Quelle: <https://uncutnews.ch/kein-wunder-die-us-behoerden-gehen-gegen-anti-tech-extremisten-vor-waehrend-der-hass-auf-ki-zunimmt/>



## Der Iran-Krieg und die Zukunft des amerikanischen Imperiums

Jennifer Kavanagh via The American Conservative, Juni 11, 2026

Kriege laufen oft auf unerwartete Weise schief. Selbst gut geplante Operationen können durch unerwartete Ereignisse, Ausfälle der Ausrüstung, schlechtes Wetter oder Pech aus der Bahn geworfen werden. Doch die Katastrophe, die auf die Entscheidung von Präsident Donald Trump folgte, am 28. Februar den Iran anzugreifen, kam nicht überraschend. Da die Risiken der Kampagne über Jahrzehnte hinweg dutzende Male in Kriegsspielen und Red-Team-Übungen durchgespielt worden waren, waren sie bekannt und offensichtlich. Dennoch ist der Ausgang des Krieges schlimmer ausgefallen als die pessimistischsten Vorhersagen. Drei Monate nach Beginn dessen, was die Trump-Regierung als «Exkursion» bezeichnet hat, erscheint die anfängliche Einschätzung, die Operation «Epic Fury» sei ein «taktischer Erfolg, aber strategischer Misserfolg» gewesen, zu grosszügig. Schliesslich wurden weder strategische noch taktische Ziele erreicht. Den Vereinigten Staaten ist es nicht gelungen, das iranische Regime durch neue, moderate Führer zu ersetzen. Es ist ihnen nicht gelungen, das hochangereicherte Uran des Iran zu beschlagnahmen oder das iranische Atomprogramm zu zerschlagen. Schlimmer noch: Die meisten Berichte deuten darauf hin, dass der Iran einen Grossteil seiner militärischen Kapazitäten behalten hat, einschliesslich des Zugangs zu grossen Teilen seiner Raketen- und Drohnenbestände. Schliesslich hat der Krieg ein neues, quälendes Problem geschaffen. Die Strasse von Hormus, einst Durchgangsweg für 20 Prozent des weltweiten Öls und Flüssigerdgases, bleibt praktisch gesperrt.

Unabhängig davon, wie der Krieg endet, werden die Kosten des jüngsten militärischen Abenteuers der USA im Nahen Osten hoch und die geopolitischen Folgen irreversibel sein. Die nächste Generation von US-Führungskräften wird mit einer bitteren Realität konfrontiert sein. Die Vereinigten Staaten, die jahrzehntelang Entscheidungen auf der Grundlage dessen getroffen haben, was politische Entscheidungsträger für das hielten, was Amerika tun sollte, werden gezwungen sein, zu überlegen, was die Vereinigten Staaten tun können. Diese Veränderung wird erhebliche Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten haben, aber auch auf die Verbündeten der USA, die sich auf amerikanische Sicherheitsgarantien verlassen haben, sowie auf die internationale Gemeinschaft, die sich bei der Bereitstellung globaler Sicherheitsgüter wie der Freiheit der Schifffahrt auf die Vereinigten Staaten stützt.

Es wird noch einige Zeit dauern, bis das amerikanische Imperium endgültig verschwindet, doch ab diesem Zeitpunkt ist ein Rückzug der USA unvermeidlich. In 20 Jahren wird die Welt auf diesen Moment als Wendepunkt zurückblicken: den Beginn des Endes des amerikanischen Imperiums.

Präsident Trump hat im Nahen Osten den Sieg verkündet. Doch für jeden, der Augen im Kopf hat, passt seine rosige Prognose nicht zur Realität. Der offensichtlichste Beweis für das Scheitern der USA ist die anhaltende Sperrung der Strasse von Hormus (die vor dem Krieg offen war), trotz mehrerer Versuche der US-Marine, den Schiffsverkehr durch diese enge Engstelle wieder in Gang zu bringen. Obwohl in den letzten Wochen eine kleine Anzahl von Tankern und Frachtschiffen die Meerenge erfolgreich passiert hat, bleibt der Grossteil des Schiffsverkehrs aufgrund von Sicherheitsbedenken der Reeder, Kapitäne und ihrer Besatzungen weiterhin zum Erliegen gekommen.

Abgesehen von der Strasse von Hormus ist die Unfähigkeit der Vereinigten Staaten und Israels, iranische Raketen- und Drohnenangriffe zu unterbinden, vielleicht die grösste Enttäuschung dieses Krieges. Ehrgeizige Ziele der USA wie ein Regimewechsel und die Zerschlagung des iranischen Atomprogramms waren allein mit militärischer Gewalt nie zu erreichen, doch die Zerstörung der iranischen Fähigkeit, Raketen und Drohnen herzustellen und abzufeuern, die auf regionale Nachbarn gerichtet werden könnten, schien machbar. Jüngste Berichte deuten jedoch darauf hin, dass selbst dieses Ziel dem US-Militär durch die Lappen gegangen ist; der Iran scheint bis zu 70 Prozent seiner Raketen und Abschussrampen aus der Zeit vor dem Krieg sowie den Zugang zu 30 seiner 33 Raketenstellungen zu behalten. Auch die Fähigkeit des Iran, Drohnen herzustellen, scheint ungebrochen. Dass der Iran nach den ersten Kriegstagen eine konstante Feuerrate aufrechterhalten konnte, ist ein weiterer Beweis dafür, dass der vom US-Militär verursachte Schaden etwas weniger verheerend war, als vom Pentagon und dem Weissen Haus suggeriert.

Die Ergebnisse des Krieges sind also düster. Die Kosten des militärischen Scheiterns sind hingegen erheblich – und das nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Das Pentagon hat dem Kongress mitgeteilt, dass die ersten 40 Kriegstage bis zum Waffenstillstand im April 29 Milliarden Dollar gekostet haben, doch dies ist mit ziemlicher Sicherheit eine massive Unterschätzung. Das Verteidigungsministerium (DoD) hat sich darüber, was in dieser Schätzung enthalten ist, nicht eindeutig geäußert, doch zumindest sind darin weder die massiven Schäden an der US-Militärinfrastruktur noch die vollen Kosten für den Ersatz der im Konflikt verlorenen US-Militärflugzeuge und anderer Ausrüstung berücksichtigt. Die Gesamtkosten dürften wahrscheinlich doppelt so hoch sein wie die vorläufige Schätzung des DoD.

Aktuellsten Einschätzungen zufolge wurden mindestens 16 US-Militäreinrichtungen in acht Ländern – die meisten der US-Militärstützpunkte in der Region – schwer beschädigt. An vielen dieser Standorte waren die Schäden so umfangreich, dass die Anlagen für militärische Operationen praktisch unbrauchbar wurden. Die Kosten für den Wiederaufbau dieser Stützpunkte und die Absicherung der Infrastruktur in der gesamten Region gegen erneute Konflikte werden hoch sein, doch lässt sich die Gesamtsumme nur schwer abschätzen, da die US-Regierung den Zugang zu frei zugänglichen Satellitendaten aus der Region nach wie vor einschränkt. Iranische Raketen- und Drohnenangriffe trafen zudem erfolgreich Dutzende von US-Sensoren und Radaranlagen im gesamten Nahen Osten, darunter auch solche, die für die regionale Luftverteidigung und Frühwarnsysteme der USA von Bedeutung sind. 42 Militärflugzeuge, darunter ein E-3 AWACS, vier F-15 und sieben Tankflugzeuge, wurden ebenfalls beschädigt oder zerstört. Der Ersatz dieser Ressourcen wird zusätzliche Ausgaben in Höhe von mehreren zehn Milliarden Dollar erfordern.

Die Kosten für die langfristige militärische Einsatzbereitschaft sind schwer zu beziffern und sicherlich nicht in der Schätzung des Pentagons berücksichtigt, sollten aber dennoch berücksichtigt werden. Neben der durch den Krieg verursachten Abnutzung von Ausrüstung und Personal werden der Verlust von Flugzeugen und Luftabwehrplattformen sowie die Erschöpfung der US-Raketen- und Luftabwehr-Abfangraketenbestände die Bereitschaft der USA für künftige Militäroperationen beeinträchtigen. Einigen Schätzungen zufolge haben die Vereinigten Staaten 1000 Tomahawk-Raketen, fast 50 Prozent ihrer Patriot- und THAAD-Bestände sowie erhebliche Teile moderner Stand-off-Waffen wie PRSM- und JASSM-Raketen verbraucht.

Die durch diese Engpässe verursachten Einschränkungen der US-Militärmacht werden weitreichend und dauerhaft sein. In einer Anhörung vor dem Kongress räumte Verteidigungsminister Pete Hegseth ein, dass es Jahre dauern würde, die im Iran verbrauchten Raketen wieder aufzufüllen. Während dieser Zeit wird die strategische Flexibilität der USA eingeschränkt sein. So schätzen führende Experten derzeit beispielsweise

ein, dass das US-Militärarsenal nicht ausreicht, um eine Verteidigung Taiwans zu unterstützen, die von amerikanischen Militärplanern lange Zeit als Notfallfall mit höchster Priorität angesehen wurde. Um es noch deutlicher zu sagen: Sollte China morgen Taiwan angreifen, könnten die Vereinigten Staaten gezwungen sein, tatenlos zuzusehen. Dasselbe gilt wahrscheinlich auch für einen grösseren Konflikt in Europa.

Ebenso gravierend ist, dass die Probleme, mit denen ein geschwächtes US-Militär konfrontiert ist, sich auswirken und die Aufrüstungsbemühungen der Verbündeten der USA in allen Regionen beeinträchtigen werden. Während unsere Bestände wieder aufgefüllt werden, müssen die Vereinigten Staaten den Grossteil der Rüstungsproduktion für ihr eigenes Militär umleiten, wodurch sich das Angebot für den Verkauf an US-Verbündete und -Partner verringert, die ihre Aufrüstungspläne auf solche Waffenkäufe gestützt haben. Bereits jetzt hören europäische NATO-Mitglieder, dass Lieferungen dringend benötigter Raketen und anderer Waffen auf unbestimmte Zeit verzögert werden. Verbündete in Asien wurden ähnlich gewarnt. So werden beispielsweise Japans Lieferungen von Tomahawk-Raketen wahrscheinlich verspätet eintreffen, ebenso wie die meisten Waffen aus den jüngsten Rüstungspaketen für Taiwan.

Für viele dieser Verbündeten sind solche Verzögerungen untragbar. In Europa ist beispielsweise die Rede davon, sich stärker auf eigene Produktion zu konzentrieren oder Aufträge an andere Lieferanten wie Israel, die Türkei oder Südkorea zu verlagern. In gewisser Weise sind die Einschätzungen der Verbündeten, dass die Vereinigten Staaten ein unzuverlässiger Partner sind, eine gute Sache, da sie Länder, die lange Zeit von den Vereinigten Staaten abhängig waren, entschlossen und endgültig in Richtung Unabhängigkeit und Selbstversorgung drängen. Für die Vereinigten Staaten wird dies jedoch eine dramatische Veränderung sein, die zu einer allmählichen Aushöhlung ihrer Position als globale Militärmacht beiträgt.

Über die militärischen Kosten hinaus gibt es den durch den Konflikt verursachten wirtschaftlichen Schaden, der zwar ausserhalb des Zuständigkeitsbereichs des Pentagons liegt, aber dennoch real und schwerwiegend ist. Die durch Handelsunterbrechungen verursachten wirtschaftlichen Verluste dürften massiv sein und sich in verlangsamtem Wirtschaftswachstum sowie entgangenen Unternehmensgewinnen und volkswirtschaftlichen Erträgen niederschlagen. Für die Vereinigten Staaten sind die Auswirkungen höherer Ölpreise und der Inflation auf die amerikanischen Verbraucher die grössten Sorgen. Und natürlich gibt es auch die Opportunitätskosten, d. h. die Investitionen der US-Regierung in innenpolitische Programme, die nun verzögert oder ganz gestrichen werden, um höhere Militärbudgets zu finanzieren.

Das Fazit lautet: Der Krieg hat die Amerikaner nicht sicherer gemacht, aber sie werden trotzdem noch jahrzehntelang dafür bezahlen.

Das Scheitern der USA im Iran ist in seinen Auswirkungen auf die geopolitische Stellung Amerikas beispiellos, doch die im Iran begangenen militärischen Fehler sind an sich nichts Einzigartiges für die Vereinigten Staaten. Wie frühere unglückselige US-Militärkampagnen begann auch der Iran-Krieg mit unklaren, weit gefassten Zielen, die allein mit militärischer Gewalt niemals hätten erreicht werden können. Ebenso wie in früheren Kriegen stand für die Vereinigten Staaten wesentlich weniger auf dem Spiel als für den Gegner – eine Tatsache, die die USA von Anfang an zum Scheitern verurteilte. Für den Iran ist der aktuelle Konflikt eine Frage von existenzieller Bedeutung und die Bereitschaft, Entbehrungen zu ertragen, scheint grenzenlos, während für die Vereinigten Staaten die auf dem Spiel stehenden Interessen bestenfalls begrenzt sind. Der Iran war nie auch nur annähernd im Besitz einer Atomwaffe, und trotz seiner aggressiven Rhetorik stellte Teheran keine echte Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA dar. Schliesslich begingen die politischen und militärischen Führer der USA erneut den Fehler, zu glauben, ihre Ziele im Iran könnten schnell erreicht werden, und versäumten es dann, eine Strategie oder eine Siegtheorie für einen langwierigen Feldzug zu entwickeln.

In der Vergangenheit boten Amerikas überwältigende militärische und wirtschaftliche Vorteile Washington einen grosszügigen Spielraum, um diese wiederholten militärischen Enttäuschungen abzufedern. Heute ist dieses Polster verschwunden. In Verbindung mit den kumulativen Auswirkungen jahrzehntelanger Überdehnung der USA, Chinas rascher militärischer Entwicklung und der Demokratisierung militärischer Macht zugunsten schwacher Staaten und nichtstaatlicher Gruppen hat der Krieg im Iran einen Grossteil des verbleibenden militärischen Vorsprungs der USA zunichte gemacht. Vierzig Tage Kampf plus sechs Wochen Blockade haben nicht nur die Vorräte aufgebraucht, sondern auch systemische Schwächen in der amerikanischen Kriegsführung und klare Grenzen der amerikanischen Militärmacht offenbart. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten scheint das US-Militär besiegt zu sein – und ist es auch.

Erstens hat die Verwundbarkeit von US-Stützpunkten, bodengestützter Luftabwehr und Militärflugzeugen während des Krieges erhebliche Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der militärischen Verpflichtungen der USA. US-Operationen in jeglicher Art von indopazifischer Notlage würden stark von Vorwärtsstützpunkten abhängen, um Luftmacht zu projizieren, Aufklärung, Überwachung und Aufklärung zu unterstützen sowie Logistik und Kampfunterstützung zu verwalten. Die Pläne des Pentagons setzen zudem auf die Fähigkeit der bodengestützten Luftabwehr, die militärische Infrastruktur, das Personal und die Flugzeuge der USA zu schützen. Wenn US-Stützpunkte im Nahen Osten Angriffen aus dem Iran nicht standhalten können, könnten dann diejenigen in Asien einen Konflikt mit dem militärisch weitaus leistungsfähigeren chinesischen Militär überstehen? Würden die US-Luftabwehrnetze, die von iranischen Drohnen so schnell lahmge-

legt wurden, in einem Konflikt in Asien funktionsfähig bleiben? Die Antwort auf beide Fragen lautet wahrscheinlich nein.

Gleichzeitig hat der Krieg die Grenzen dessen aufgezeigt, was mit «Stand-off-Angriffen» (d. h. aus der Ferne durchgeführten Angriffen) erreicht werden kann. Amerikanische Luft- und Seestreiks erzielten trotz der begrenzten Verteidigungsfähigkeit des Iran nur begrenzte Erfolge gegen iranische Militärziele. Der Iran war in der Lage, einen Grossteil seiner militärischen Infrastruktur und Fähigkeiten zu schützen und während des gesamten Konflikts in Bereichen wie der Luftabwehr Innovationen voranzutreiben. Ähnliche Angriffe auf chinesische Infrastruktur dürften noch weniger wirksam sein, insbesondere wenn US-Luft- und Seestreitkräfte von jenseits der zweiten Inselkette operieren müssen, um chinesischen Raketen auszuweichen. Auch die Misserfolge der USA in anderen Bereichen sind aufschlussreich. Den Vereinigten Staaten ist es nicht gelungen, die Strasse von Hormus mit militärischer Gewalt wieder zu öffnen, auch wenn manche argumentieren könnten, dass dies möglich wäre, wenn man bereit wäre, die hohen Eskalationsrisiken und Kosten eines solchen Manövers in Kauf zu nehmen. Und die durchlässige Natur der US-Gegenblockade sollte ein Warnsignal für diejenigen sein, die argumentieren, dass die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges in Asien den Zugang zur Strasse von Malakka unterbinden oder Embargos gegen chinesische Häfen verhängen könnten. Schliesslich haben die US-Bodentruppen weitgehend versagt, der Drohnenbedrohung durch den Iran entgegenzuwirken, und sind nicht in der Lage, dieser mit eigenen Fähigkeiten zu begegnen. Zusammen mit den Erkenntnissen aus dem Krieg in der Ukraine haben die Führungskräfte der US-Armee bereits eingeräumt, dass sie ihre Sichtweise auf die Manöverkriegsführung radikal ändern müssen, wenn sie für künftige Notfälle planen, einschliesslich solcher zur Unterstützung von NATO-Verbündeten in einem Bodenkrieg in Europa.

Die wichtigste Erkenntnis ist, dass die militärische Macht der USA einfach nicht mehr so weit reicht und nicht mehr die Durchhaltefähigkeit besitzt, die sie früher hatte. Ebenso gravierend ist, dass der Krieg im Iran darauf hindeutet, dass die Unzulänglichkeit der aktuellen militärischen Position der USA systemisch und strategisch ist und nicht einfach eine Frage fehlender Mittel oder unzureichender Munitionsvorräte. Ein Verteidigungsbudget von 1,5 Billionen Dollar oder Investitionen in die Verteidigungsindustrie können diese Probleme nicht lösen. Stattdessen werden die Vereinigten Staaten gezwungen sein, ihre globalen Verpflichtungen in einer Weise neu zu bewerten und zu reduzieren, wie sie es in der Vergangenheit nicht getan haben.

In einem Beitrag in Foreign Affairs Anfang dieses Jahres räumte A. Wess Mitchell, ein ehemaliger Mitarbeiter der ersten Trump-Regierung, ein, dass die Vereinigten Staaten sich übernommen haben. Er fordert eine Konsolidierungsstrategie, bei der die Vereinigten Staaten Lasten in peripheren Einsatzgebieten – namentlich im Nahen Osten und in Europa – abwerfen und die Triebkräfte der amerikanischen Militär- und Wirtschaftsmacht wiederbeleben würden, indem sie in ihre Verteidigungsindustrie investieren und die Handelsbeziehungen zu wichtigen Partnern wie China neu ausbalancieren. Er schlägt vor, dass Konsolidierung eine Alternative zum Rückzug sei, unter der Annahme, dass die Grundlagen der amerikanischen Militärmacht weiterhin solide sind und lediglich einer Neuausrichtung bedürfen.

Leider erscheint diese Option nach dem Krieg mit dem Iran nicht mehr realistisch. Die Kluft zwischen den Mitteln der USA und ihren derzeit formulierten Zielen ist einfach zu gross und strukturell bedingt, um durch industrielle Investitionen oder neue Handelsabkommen geschlossen zu werden. Die grundlegende Annahme der Konsolidierung, dass die Triebkräfte der amerikanischen Militärmacht noch funktionsfähig sind, steht nun in Frage. Die Produktionskapazitäten der USA haben sich trotz erheblicher Investitionen nicht erholt, und angesichts einer Staatsverschuldung, die 100 Prozent des BIP übersteigt, sowie steigender Energiepreise gerät die wirtschaftliche Ausdauer der USA ins Stocken. Es ist unwahrscheinlich, dass die Vereinigten Staaten schnell genug genügend Raketen produzieren oder ihre Schiffbaukapazitäten ausreichend wiederherstellen können, um auch nur einen Bruchteil ihres derzeitigen Portfolios an globalen Verpflichtungen aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus ist nach dem Einsatz so vieler militärischer Kräfte im Krieg im Nahen Osten unklar, ob den Vereinigten Staaten noch viel übrigbleibt, um ihre Kräfte zu konsolidieren und in die Einsatzgebiete umzulenken, die Mitchell als vorrangiger einstuft, darunter Asien und die westliche Hemisphäre.

Nun ist Rückzug die einzige Option für die Vereinigten Staaten. Doch die Nachrichten sind nicht nur schlecht. Amerikas militärische Dominanz schwindet zwar, doch das Land verfügt in den meisten Einsatzgebieten weiterhin über bemerkenswerte Vorteile gegenüber jedem möglichen Rivalen. Selbst in Asien, wo Washington einem gleichwertigen Herausforderer gegenübersteht, ist Chinas Militär nicht in der Lage, die Vereinigten Staaten vollständig aus der Region zu verdrängen. Entscheidungsträger verfügen daher über ein gewisses Mass an Flexibilität hinsichtlich der Frage, welche Verpflichtungen sie aufrechterhalten und welche sie aufgeben. Ein Rückzug lässt sich mit anderen Worten bewältigen.

Bei schwierigen Entscheidungen sollten US-Politiker eine enge Definition nationaler Interessen zugrunde legen – genauer gesagt nur zwei: die Verteidigung des Heimatlandes und die Sicherung des Zugangs zu wichtigen Wirtschaftsmärkten. Eine solche Definition würde eine erhebliche Reduzierung der im Ausland stationierten US-Streitkräfte ermöglichen. Die Vereinigten Staaten benötigen keine Militärstützpunkte und

Truppenstationierungen in Europa oder im Nahen Osten, um diese Interessen zu schützen. In keinem dieser beiden Einsatzgebiete gibt es einen echten Herausforderer der Hegemonie, und den Bedrohungen, denen die Vereinigten Staaten ausgesetzt sind, kann durch periodische Einsätze von Luft- und Seestreitkräften, eine bessere Raketenabwehr des Heimatlandes und eine robustere globale Wirtschaftsstrategie begegnet werden. Ein kontrollierter Rückzug würde auch eine Einschränkung der US-Sicherheitsgarantien erfordern. Selbst wenn die Vereinigten Staaten in der NATO verbleiben, sollten sie zu einer wörtlichen Auslegung von Artikel 5 zurückkehren, die die Verpflichtungen der USA reduziert, und alle Sicherheitsverpflichtungen im Nahen Osten aufgeben – einer Region, die nur Kopfzerbrechen bereitet hat.

In Asien würde eine Strategie des kontrollierten Rückzugs die amerikanische Präsenz und die Sicherheitsgarantien in ähnlicher Weise reduzieren, wenn auch anfangs vielleicht in geringerer Masse. Nicht tragbare Positionen, wie die Politik der strategischen Unklarheit der USA in Bezug auf Taiwan, sollten aufgegeben werden. Washington sollte klarstellen, dass es Taiwan nicht verteidigen wird – ein Schritt, der das Risiko eines Krieges mit China verringern würde, auf den die Vereinigten Staaten derzeit nicht vorbereitet sind. Die Vereinigten Staaten sollten weitere notwendige Bündnisverpflichtungen aufgeben, darunter jene gegenüber Thailand, den Philippinen und Südkorea, und gleichzeitig ihr Engagement gegenüber Japan einschränken. Dies würde eine Neupositionierung der US-Streitkräfte in Asien ermöglichen, weg von der chinesischen Küste hin zu Nordjapan und der zweiten Inselkette – ausreichend, um den Zugang der USA zu Märkten und Handelsrouten zu verteidigen.

Diese Änderungen der Haltung und der Bündnisverpflichtungen würden eine massive Umgestaltung der amerikanischen Aussenpolitik bedeuten, aber das Ergebnis wäre eine nachhaltige militärische Position, die den Fähigkeiten und Ressourcen der USA entspricht und auf den Schutz der US-Interessen zugeschnitten ist.

Diejenigen, die an der Vorherrschaft der USA festhalten wollen – viele von ihnen sind dieselben, die den Iran-Krieg als Erfolg betrachten, der nur noch ein paar Wochen Bombardements erfordert –, werden diese Empfehlungen verabscheuen und sich für die Aufrechterhaltung des Status quo einsetzen. Doch eine solche Verzögerung wird die Chance auf einen kontrollierten Rückzug zunichte machen und die Vereinigten Staaten in eine Realität stürzen, in der ein Rückzug zwingend und unumgänglich ist und den Vereinigten Staaten aufgezwungen wird.

Ein erzwungener Rückzug könnte auf vielfältige Weise erfolgen, doch alle Varianten würden sich wie eine Flucht anfühlen. Ressourcenengpässe könnten die Vereinigten Staaten dazu zwingen, Verpflichtungen zu reduzieren, Stützpunkte zu schliessen und die Streitkräftestruktur zu verkleinern. Eine Niederlage in einem militärischen Konflikt, ausgelöst durch untragbare Einsätze, verwundbare Stützpunkte und chronische Überdehnung, könnte ebenfalls einen Rückzug der USA erzwingen. In jedem dieser Szenarien könnten unfreiwillige Reduzierungen der militärischen Präsenz der USA die Interessen der USA gefährden. Unter Druck werden die politischen Entscheidungsträger die Fähigkeit verlieren, das Tempo oder den Ort von Veränderungen der militärischen Präsenz der USA zu kontrollieren. Stattdessen könnten diese Entscheidungen von Gegnern der USA, finanziellem Druck oder externen Zwängen getroffen werden, die die Sicherheit und den Wohlstand der Amerikaner langfristig beeinträchtigen.

Heute wird die aussenpolitische Debatte in den USA von den Nachwirkungen des Krieges mit dem Iran bestimmt. Ein Abkommen zur Beseitigung der Ursachen des Konflikts steht noch aus, doch die politischen Entscheidungsträger müssen nun damit beginnen, über die nächsten Schritte zu sprechen. Der Krieg hat die Fragilität der US-Militärmacht und die klaren Grenzen dessen offenbart, was sie in der heutigen Zeit leisten kann. Anstatt an der Fiktion festzuhalten, dass die US-Aussenpolitik nach dem Krieg wieder zur Normalität zurückkehren kann, sollten die politischen Entscheidungsträger der Realität ins Auge sehen: Die Ära der militärischen Vorherrschaft der USA – und des amerikanischen Imperiums – ist vorbei. Die daraus resultierende Zukunft wird für die Vereinigten Staaten weniger komfortabel sein, doch diese Veränderungen sind längst überfällig und die Herausforderungen bewältigbar. Mit den richtigen Schritten heute kann der Rückzug der USA die Vereinigten Staaten und die Welt besser stellen.

Quelle: The Iran War and the Future of American Empire

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-iran-krieg-und-die-zukunft-des-amerikanischen-imperiums/>

## **Ukraine trifft über ein halbes Dutzend Energie- und Industrieanlagen tief im Inneren Russlands über Nacht**

uncut-news.ch, Juni 10, 2026, von Tyler Durden



Die Ukraine hat Russland in einer weiteren breit angelegten Welle nächtlicher Luftangriffe getroffen, wobei sie sich besonders auf Industrieanlagen und Energieinfrastruktur in mehreren Regionen konzentrierte. Das Ausmass der Schäden steht noch nicht fest.

Eines der Hauptziele war Berichten zufolge das Werk VNIIR-Progress in der Republik Tschuwaschien, von dem die Ukraine und der Westen behaupten, dass es Komponenten für russische Drohnen und Bomben herstellt. Auch andere nahe gelegene Infrastrukturen wurden angegriffen.

via Telegram

Die Ukraine hat seit Monaten klargemacht, dass sie beim Angriff auf Russlands Energie- und Militäranlagen sowie auf militärisch-industrielle Dual-Use-Fabriken keine Zurückhaltung mehr übt. Die Ukraine setzte ihren im Inland hergestellten Flamingo-Marschflugkörper ein:

Die ukrainischen Streitkräfte haben einen Raketenangriff tief im Inneren Russlands durchgeführt und dabei über Nacht ein grosses Militärwerk getroffen, sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj.

Er erklärte, dass FP-5-Flamingo-Marschflugkörper das Drohnen- und Raketenwerk in der Stadt Tscheboksary in der Republik Tschuwaschien getroffen hätten, das mehr als 900 km von der Frontlinie entfernt liegt. Lokale Behörden teilten mit, dass bei einem Raketenangriff auf die Stadt drei Menschen verletzt wurden.

Die Ukraine erklärte ausserdem, sie habe den von Russland besetzten Hafen Mariupol am Asowschen Meer, eine russische Ölraffinerie in Samara und einen Öltanker der «Schattenflotte» im Schwarzen Meer getroffen. Laut einer Übersicht über die getroffenen sensiblen Anlagen in der neuen nächtlichen Angriffswelle:

- In Nowokuibyschewsk im russischen Ölzentrum Samara, wo Rosneft-Raffinerien ansässig sind, erklärten regionale Gouverneure, die Behörden hätten Drohnenangriffe abgewehrt und eine Million Einwohner aufgefordert, Schutz zu suchen. Der russische OSINT-Kanal Astra bestätigte, dass die Kuibyschew-Ölraffinerie brenne, nachdem mindestens 29 Drohnen angegriffen hatten.
- In der russischen Region Rostow, die an die Ukraine grenzt, lösten herabfallende Trümmer einer Drohne einen Brand in einem Treibstofftank einer zivilen Einrichtung aus. In der zentralen Region Wladimir standen zwei Industrieanlagen in Flammen.
- Seltene Luftalarme wurden in den abgelegenen ölfördernden Regionen Chanten und Mansen, Perm und Tjumen sowie in den industriellen Uralregionen Tscheljabinsk und Swerdlowsk ausgelöst.

Der Gouverneur von Tschuwaschien, Oleg Nikolajew, kritisierte den Angriff auf die erwähnte Produktionsstätte als Ausdruck der «ohnmächtigen Wut von Terroristen, die an der Front keinen Erfolg haben und nun versuchen, friedliche Menschen im Hinterland einzuschüchtern.»

All diese Angriffswellen an verschiedenen Orten werden wahrscheinlich noch schwerere Luftangriffe auf Kiew nach sich ziehen, nachdem die Hauptstadt in den letzten Wochen bereits hart getroffen wurde.

Grosse Nacht für die ukrainischen Fernangriffe. Die Kuibyshev-Raffinerie in Samara brennt Berichten zufolge an mehreren Stellen und steht möglicherweise vor langwierigen Reparaturarbeiten. VNIIR Progress in Tscheboksary – ein wichtiger Hersteller von Kometa-Navigationssystemen, die in Shahed-Drohnen sowie Iskander- und Kalibr-Raketen zum Einsatz kommen – wurde zweimal von FP-5-Flamingo-Marschflugkörpern getroffen, was zu erheblichen Schäden und Bränden führte. Zwei Öl-Infrastrukturanlagen in der russischen Region Wladimir wurden ebenfalls getroffen, darunter die Pumpstation Vtorovo. Auch aus den besetzten Gebieten wurden Explosionen gemeldet.



Präsident Putin und die oberste Militärführung hatten letzten Monat erklärt, dass als Reaktion auf den Angriff auf ein Wohnheim in der russischen Volksrepublik Lugansk am 22. Mai, bei dem 21 Menschen – meist Teenager-Mädchen – getötet und 70 weitere verletzt wurden, Angriffe auf «Entscheidungscentren» eingeleitet würden.

Kremlbeamte sagen nun, dass die russischen Streitkräfte «das Recht haben, jede Infrastruktur zu zerstören, die Terrorismus unterstützt.»

Aber es sind auch diese ständigen Angriffe auf Öl- und Industrieanlagen, die nach und nach die russische Wirtschaft und die Bevölkerung enorm belasten werden. Die Salven aus der Ukraine werden weiterkommen, besonders da Moskau die «Spezialoperation» weiterhin in einem langsamen, zermürenden Tempo aufrechterhält.

Quelle: Ukraine Hits Over Half A Dozen Energy & Industrial Sites Deep Inside Russia Overnight

Quelle: <https://uncutnews.ch/ukraine-trifft-ueber-ein-halbes-dutzend-energie-und-industrieanlagen-tief-im-inneren-russlands-ueber-nacht/>



## KI-Psychose: Sie wird zunehmend sichtbar – für den Rest von uns

Patrick Wood via Technocracy News, Juni 10, 2026

Ich habe euch davor gewarnt, und nun ist es mit voller Wucht über uns hereingebrochen.

Im September 2023 schrieb ich über das Simulacrum – Jean Baudrillards Konzept einer Realität, die so vollständig durch ihre Darstellung ersetzt wird, dass das Original gänzlich verschwindet. Ich sagte, dass Milliarden von Menschen Gefahr liefen, davon gefangen zu werden. Ich sagte, während alle auf die glänzenden neuen Simulakren starrten, die sich vor ihren Augen formten, entwich die Realität durch die Hintertür. Nun ist sie entflohen. Und die klinischen Beweise häufen sich dahinter.

Was als «KI-Psychose» bezeichnet wird, ist kein Randthema mehr, das in obskuren psychiatrischen Fachzeitschriften diskutiert wird. Es handelt sich um eine dokumentierte, von Fachkollegen geprüfte, sich rasch verschärfende Krise der öffentlichen Gesundheit – eine, die die Tech-Industrie gezielt geschaffen hat, von der sie absichtlich profitiert hat und die sie erst jetzt unter dem Druck von Klagen, Selbstmorden und zwangseingewiesenen Patienten anerkennen muss.

Die YouTuberin Vanessa Wingårdh erklärt dies in ihrem neuesten Video, und sie hat Recht, Alarm zu schlagen. Aber ich möchte tiefer gehen als die Schlagzeilen, denn dies war vorhersehbar – und wurde auch vorhergesagt.



Das wissen wir inzwischen.

Ein dänischer Psychiater namens Søren Dinesen Østergaard stellte in einem Leitartikel im Schizophrenia Bulletin aus dem Jahr 2023 folgende Hypothese auf: Generative KI-Chatbots könnten, indem sie echte menschliche Gespräche so überzeugend nachahmen, bei psychoseanfälligen Personen Wahnvorstellungen auslösen. Er wurde weitgehend ignoriert. Im August 2025 wurde er nicht mehr ignoriert – sein Posteingang wurde mit Berichten von Chatbot-Nutzern, deren Familien und Journalisten überflutet, die alle dasselbe erschreckende Muster beschrieben. Seitdem fordert er dringende empirische Forschung. Diese Forschung ist nun im Gange, aber der Schaden wartet nicht darauf, dass die Arbeiten begutachtet werden.

Die Fälle lesen sich wie aus einem dystopischen Roman. Ein Mann, der überzeugt war, dass ChatGPT Geister kanalisierte und Beweise für geheime Verschwörungen enthüllte. Ein anderer, dem der Chatbot erzählte, er werde vom FBI verfolgt und könne telepathisch auf CIA-Dokumente zugreifen. Eine 26-jährige Frau ohne vorherige psychiatrische Vorgeschichte, die zu der Überzeugung gelangte, über eine KI mit ihrem verstorbenen Bruder zu kommunizieren – und deren Chat-Protokolle zeigten, dass der Chatbot ihr wiederholt sagte: «Du bist nicht verrückt.» Ein Mann aus Wisconsin mit Autismus-Spektrum-Störung, der nach wochenlanger Bestätigung durch den Chatbot rasch in eine Manie abglitt. Ein Mann aus Connecticut, dessen KI-Begleiter, den er «Bobby» nannte, seine paranoiden Überzeugungen konsequent verstärkte, bis die Situation in Gewalt endete.

Bis Ende 2025 zeigten OpenAIs eigene interne Daten, dass wöchentlich 1,2 Millionen Menschen ChatGPT nutzten, um über Selbstmord zu sprechen.

Lies das noch einmal. Eine Million zweihunderttausend Menschen. Pro Woche.

Das ist kein Fehler. Es ist die Architektur. Das Geschäftsmodell jeder grossen KI-Plattform ist Engagement – dich so lange wie möglich auf der Plattform zu halten und die Interaktion so real und bestätigend wie möglich wirken zu lassen. Schmeichelei ist kein Designfehler, den sie zu beheben versuchen; es ist eine Funktion, die die Kundenbindungsmetriken antreibt. Der Chatbot sagt dir, was du hören willst, denn ein Chatbot, der dich herausfordert, der Reibung erzeugt, der dir sagt, dass du falsch liegst – dieser Chatbot wird aufgegeben. Und aufgegebene Chatbots generieren keinen Umsatz.

Psychiater haben es präzise beschrieben: Diese Systeme «bestätigen ständig alles», und bei Menschen mit Wahnstörungen beeinträchtigt diese Bestätigung aktiv ihre Fähigkeit, Realitätschecks durchzuführen. Es hilft nicht einfach nur nicht – es verschlimmert den Zustand. Die persistenten Speicherfunktionen des Chatbots, die das Erlebnis personalisieren sollen, übertragen unbeabsichtigt paranoide oder grandiose Themen über Sitzungen hinweg, stützen die Wahnvorstellung im Laufe der Zeit, verstärken sie, vertiefen sie und geben ihr eine narrative Struktur, die sie von sich aus niemals entwickelt hätte.

Baudrillard beschrieb die Phasen, in denen die Realität zum Simulacrum zerfällt: Zunächst spiegelt das Bild die Realität wider; dann verdeckt und verzerrt es sie; dann verdeckt es die Abwesenheit der Realität gänzlich; und schliesslich wird es zu einem eigenen selbstreferenziellen System ohne jegliche Verbindung zur realen Welt. Der KI-Chatbot hat nun alle vier Phasen gleichzeitig für Millionen schutzbedürftiger Menschen erreicht. Der Chatbot spiegelt nicht nur eine verzerrte Realität wider – er erschafft eine, erhält sie aufrecht und verteidigt sie aktiv gegen Eingriffe aus der Aussenwelt.

Die britische Zeitung «The Observer» identifizierte mindestens 26 Klagen und berichtete über Fälle, in denen Tod durch Fremdverschulden oder schwerwiegende psychische Schäden im Zusammenhang mit Chatbots von OpenAI, Google und Character.AI geltend gemacht wurden. Eine kalifornische Jury hat Meta und YouTube bereits für die suchterzeugenden Designmerkmale ihrer Produkte haftbar gemacht. Die rechtlichen Schlingen ziehen sich zu.

Doch hier ist, was Sie von der Tech-Industrie oder ihren Medienapologeten nicht hören werden: Dies war vom Tag der Markteinführung dieser Produkte an vorhersehbar. Die Ingenieure wussten es. Die Produkt-

manager wussten es. Die Führungskräfte wussten es. Wenn man ein System entwickelt, das speziell darauf ausgelegt ist, emotionale Bindungen zu den Nutzern aufzubauen, auf Einsamkeit mit Wärme und auf Verwirrung mit selbstbewussten Antworten zu reagieren, niemals «Ich weiss es nicht» und niemals «Du liegst falsch» zu sagen – dann hat man eine Maschine zur Erzeugung von Wahnvorstellungen gebaut. Es ist lediglich eine Frage dessen, wer verletzlich genug ist, um als Erster hineinzufallen, und wie lange es dauert, bis sie den Weg zurück nicht mehr finden.

Die Realität entflieht nicht mehr nur durch die Hintertür. Für Hunderttausende von Menschen ist sie bereits verschwunden.

Das Simulacrum ist nun vollständig. Die einzige Frage, die noch offenbleibt, ist, wie viele noch davon verschlungen werden, bevor jemand in einer Machtposition entscheidet, dass menschliche Gedanken mehr wert sind als monatlich aktive Nutzer.

Quelle: AI Psychosis: Coming Into Focus, For The Rest Of Us

Quelle: <https://uncutnews.ch/ki-psychose-sie-wird-zunehmend-sichtbar-fuer-den-rest-von-uns/>

## Akt der Befreiung

Interview mit Uli Gellermann

Autor: Uli Gellermann / Datum: 26.05.2026

**Was würde sich durch die Neutralität Deutschlands für die Bevölkerung ändern? Und hätte das nicht auch den EU-Austritt zur Folge? Dazu sprach «Transition News» mit dem Berliner Journalisten und Filmmacher Uli Gellermann**

**Transition News: Herr Gellermann, vor kurzem haben Schweden und Finnland die Neutralität an den Nagel gehängt und sind der NATO beigetreten. Nur noch die Schweiz hält daran fest, und selbst in Österreich machen Politiker Stimmung dagegen. In diesem Umfeld wollen Sie als Mitherausgeber des Sammelbands «Deutschland Neutral!» in Ihrer Heimat eine breitere gesellschaftliche Debatte zur Neutralität beginnen. Warum? Und warum jetzt?**

Uli Gellermann: Noch ist Österreich weiterhin neutral. Und das Warum für eine Neutralitätskampagne ist einfach zu erklären: Die Neutralität ist der klarste Weg aus der Blockmentalität, dieser besinnungslosen Unterwerfung unter die Interessen der USA. Jene Interessen, die zum Ukrainekrieg geführt haben und die derzeit mit den US-Waffenlieferungen an Taiwan einen Krieg mit China ankündigen.

**Hat es nach dem Zweiten Weltkrieg Neutralitätsbestrebungen gegeben? Und warum ist Deutschland damals nicht neutral geworden?**

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, am 10. März 1952, hat der damalige sowjetische Staatschef Josef Stalin den Westmächten – Frankreich, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten – Verhandlungen über eine Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands angeboten. Stalin schlug ein vereintes, souveränes Deutschland vor, das nach Abzug der Besatzungstruppen politisch neutral geblieben wäre und keinem westlichen oder östlichen Militärbündnis hätte beitreten dürfen. Die Westmächte wollten Deutschland aber in die NATO und damit in den Kampf gegen die Sowjetunion führen. Die Deutschen selbst hatten keine Stimme.

**Was bedeutet denn neutral? Was ist der Unterschied zu blockfrei? Und was würde es den Bürgerinnen und Bürgern bringen, wenn Deutschland neutral wird?**

Diese Frage haben die Österreicher durch ihr Bundesverfassungsgesetz von 1955 zur «immerwährenden Neutralität» beantwortet. Dieses Gesetz verbietet dem Land den Beitritt zu Militärbündnissen wie der NATO sowie die Stationierung fremder Truppen auf seinem Staatsgebiet. Es verpflichtet Österreich dazu, keinen Krieg zu beginnen und sich aus künftigen Kriegen herauszuhalten. Neutralität ist die radikale Fassung der Blockfreiheit.

Und den Deutschen kann Neutralität schnell viel Geld sparen: Die derzeitige rasende Aufrüstung ist nicht nur gefährlich, sondern auch verdammt teuer.

**Wie neutral sind EU-Mitgliedsstaaten denn, wenn die Europäische Union in Aufrüstung investiert und es ein europäisches Militärbündnis geben soll?**

Der seit dem Jahr 2009 geltende Vertrag von Lissabon – eine Art verdeckte Verfassung der EU – verpflichtet die EU-Mitgliedsstaaten zu einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP): Der Vertrag verankert den Rahmen, in dem die Europäische Union zivile und militärische Missionen zur «Krisenbewältigung» umsetzt. Was «Krisenbewältigung» ist, bestimmen Frau von der Leyen und Co. und deren Kumpane in der Rüstungsindustrie. Von Neutralität ist im Vertrag nichts zu lesen. Damit werden die Nationen selbst beginnen müssen.

**Die Forderung nach einem neutralen Deutschland impliziert den Austritt aus der EU. Wie stehen Sie zu einem Dexit?**

Ein «Dexit» wäre für die Deutschen ein Akt der Befreiung. Seit dem 1. Dezember 2009 hat das Europäische Recht grundsätzlich Anwendungsvorrang vor nationalem Recht, das heisst, im Konfliktfall bricht es deutsches Recht. Sagt die KI, und es stimmt leider.

### **Würde Neutralität auch den Nationalstaat Deutschland stärken?**

Natürlich würde die staatliche Souveränität durch die neutrale Unabhängigkeit Deutschlands gestärkt werden. Wer nicht mehr nach der Pfeife der USA tanzen muss, kann selber Musik machen.

### **Mit welcher internationalen Unterstützung rechnen Sie?**

Ganz sicher würden die Russen ein neutrales Deutschland begrüßen: Es wäre für Russland ein grenznahe NATO-Land weniger und würde so dessen Sicherheit stärken.

### **Zu welchen Veränderungen käme es durch ein neutrales Deutschland im globalen Machtgefüge?**

Deutschland ist wirtschaftlich eine sehr ernst zu nehmende Kraft – auch die Bundeswehr ist mit rund 185'000 aktiven Soldatinnen und Soldaten nicht zu verachten. Vor allem aber ist Deutschland mit rund 35'000 stationierten US-Soldaten und dem grössten US-Luftwaffenstützpunkt ausserhalb der USA, der Air Base Ramstein, ein beachtlicher Knüppel zur Bedrohung seiner Nachbarn. Wenn Deutschland aus der US-Front aussichert, ändert sich das «globale Machtgefüge» erheblich.

### **Kann Deutschland sich einfach so als neutral erklären? Welche rechtlichen Schritte sind notwendig?**

Wir brauchen in der deutschen Bevölkerung die Einsicht dafür, dass die Herrschaft der USA abgeschüttelt werden muss, um die deutsche Souveränität zu erreichen. Diese Einsicht zu erlangen, wird nicht einfach sein. Ist sie gegeben, kann der Truppenstationierungsvertrag von 1954 jederzeit gekündigt werden.

### **Wie soll sich Deutschland verteidigen, wenn es nicht mehr der NATO angehört?**

Wenn Deutschland angegriffen würde, könnte es für jeden Feind durch zivilen Widerstand ungemütlich werden: Die Abschalthebel für Strom, Gas und Wasser liegen in deutscher Hand. Der Fern- und Nahverkehr ebenfalls – offenkundig probt die Deutsche Bahn derzeit erfolgreich den Verteidigungsfall. Nichts ist einfacher zu blockieren als die berühmten deutschen Autobahnen; man muss nur die Bauern bitten, tätig zu werden, die können das. Bertolt Brechts «Mutter Courage und ihre Kinder» würde an allen deutschen Theatern aufgeführt. Und in den US-freundlichen Medien kann die Belegschaft ständig die Überschrift «Ami go home» repetieren.

### **Wie wollen Sie die Bürgerinnen und Bürger aus ihrer Ohnmacht holen und dazu bringen, dass sie sich wieder politisch engagieren und für ihre eigenen Interessen eintreten?**

Mit dem Buch «Deutschland neutral! – Mit Sicherheit für Frieden» hat der ausserparlamentarische Kampf für die Neutralität begonnen. Arnulf Rating, Jens Fischer Rodrian und ich präsentieren darin mehr als 30 Autoren, die sich zur staatlichen Neutralität Deutschlands bekennen. Dazu gehören die Kabarettistin Lisa Fitz, der Schriftsteller Wolfgang Bittner, der Regisseur Dietrich Brüggemann, der Kulturmanager Diether Dehm, der Poet Tino Eisbrenner, die Professorin Ulrike Guérot und der Offizier Wolfgang Effenberger, um nur einige stellvertretend zu nennen. Ich bin sicher, dass der ausserparlamentarischen Opposition zu diesem Thema noch mehr einfallen wird. Und: Wenn nicht jetzt, wann sonst?

### **Ein Argument, warum Deutschland in die NATO eingebunden sein müsse, war immer, dass ein unabhängiges Deutschland eine Bedrohung darstelle. Was haben Sie dem entgegenzuhalten?**

Wenn es Deutschland gelingt, durch die Bemühungen der ausserparlamentarischen Opposition neutral zu werden, dann ist dieser Staat nicht mehr gefährlich, weil sich dann endlich die Demokratie durchgesetzt hat.

Das Interview führte Sophia-Maria Antonulas.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/akt-der-befreiung>

## **Staatspanzer für den Krieg Bundesregierung steigt mit 40 Prozent bei KNDS ein**

Autor: Uli Gellermann / Datum: 23.05.2026

Der KNDS-Konzern baut Kettenfahrzeuge und produziert Munition. Der Einstieg des Staates in den Konzern riecht nach Brand, Mord und Tod. Ein Staat, der sich im Vorkrieg befindet, sichert sich den unmittelbaren Einfluss auf die Kriegsindustrie. Schon ein Kanzler von BlackRock, einem der weltweit grössten Investoren in der Rüstungsindustrie, baut eine feste Brücke zur Kriegswirtschaft. Doch mit der Beteiligung beim Leopard-Panzerbauer KNDS wird der Kurs gegen Russland überdeutlich: Über 100 Leopard 2 und rund 200 Leopard 1 sind bereits an der Ukraine-Front im Einsatz. Solche Angriffswaffen haben schon die Nazis am engen Zügel ihrer Regierung geführt: Die Kriegskonzerne IG Farben und Rheinmetall waren sowohl Sponsoren der NSDAP als auch fest in der Hand der Reichsregierung.

### **NATO-Pressure-Group**

Der KNDS-Konzern wird demnächst von der Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) kommandiert. Ihr Mann vor Ort ist der KNDS-Verwaltungsratschef Tom Enders. Der war Fallschirmjäger bei der Bundes-

wehr und steht als Reservist dort derzeit im Rang eines Majors der Reserve. Der Herr Major ist blendend vernetzt: Er war Mitglied der Verschwörungs-Gruppe Bilderberg-Konferenz und der NATO-Pressure-Group Atlantik-Brücke. «Europa hätte auf Kriegswirtschaft umstellen müssen», erklärte der Major gegenüber dem FOCUS. Der ehemalige Airbus-Chef Enders bekam 37 Millionen Euro zum Abschied. Für ihn ist klar, dass er in Kriegszeiten wichtiger wird und noch mehr verdienen kann. Wer die deutschen Medien nutzt, weiss, dass der Russe, der deutsche Gewohnheitsfeind, bald kommt. Auch wenn kein festes Datum zu erfahren ist: Dass der Russe kommt, ist gewiss.

### Russen Arriving

Zwar behauptet das Ursache-Wirkungs-Prinzip, dass jedes Ereignis (die Wirkung) auf eine bestimmte Handlung oder einen Zustand (die Ursache) zurückzuführen ist. Aber was ist mit diesem Prinzip, wenn die Ursache nur lang genug medial behauptet wird? Selbst wenn es sie real nicht gibt? Dann wird einfach behauptet, der Russe käme bald. Und falls die Bevölkerung nicht zur Gänze vom Russen Arriving überzeugt ist, wird vorsichtshalber einfach weitergerüstet und in dem Masse, wie der Deutsche aufrüstet, muss der Russe annehmen, dass sich die Aufrüstung gegen ihn richtet und dann muss er geradezu prophylaktisch weiter rüsten und diese Verteidigungs-Rüstung wird als Bedrohung verkauft: Was kann ein BlackRock-Kanzler unter diesen Umständen machen? Er muss geradezu Krieg führen.

### Immer schneller wird auf Krieg zugesteuert

Auf diesem Weg wird jene self-fulfilling prophecy hergestellt, von der der Soziologe Robert K. Merton weiss: «Die selbsterfüllende Prophezeiung ist anfänglich eine falsche Bestimmung der Situation, sie verursacht [aber] ein neues Verhalten, das bewirkt, dass die ursprünglich falsche Auffassung richtig wird. Die vordergründige Gültigkeit der selbsterfüllenden Prophezeiung führt eine Herrschaft des Irrtums fort.» Für die Kriegsindustrie handelt es sich allerdings nicht um einen Irrtum, sondern um ein profitables Geschäft; für sie hat es seine Richtigkeit, dass jeder Krieg mit einer Lüge beginnt. Und je gründlicher die seit der Nazi-Zeit bewährte Russen-Angst verbreitet wird, desto besser verkaufen sich die Aktien der Rüstungs-Unternehmen, desto schneller wird auf einen Krieg zugesteuert.

### Sitzen die Chefredakteure?

Der Artikel 26 Absatz 1 des deutschen Grundgesetzes (GG) ächtet die Vorbereitung von Angriffskriegen: «Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.» Wurde der BlackRock-Kanzler schon verhaftet? Ist Katherina Reiche bereits interniert? Sitzen die Chefredakteure der deutschen Medien schon in U-Haft? «Gefängnis für den Frieden» sollte der Slogan der Stunde sein.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/staatspanzer-fuer-den-krieg>

**INFOSperber**  
sieht, was andere übersehen.  
13.6.2026



Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International, in Berlin: «Auf unseren Strassen laufen Kriegsverbrecher herum, und niemand unternimmt etwas.» © Jarek Godlewski / Amnesty

## **Amnesty wirft Israel ethnische Säuberung vor Ein neuer Bericht dokumentiert die Vertreibung von 117 Gemeinden im Westjordanland und fordert Sanktionen gegen Benjamin Netanyahu.**

Daniel Ryser

Agnes Callamard war am Vortag in Slowenien. Sie besuchte eine Roma-Siedlung, traf einen 60-jährigen Mann mit seiner Familie, eine Bretterhütte, kein fliessendes Wasser, drei Kilometer Fussweg zu einem Brunnen auf dem Friedhof. Als sie ihm erklärte, sie fahre nach Berlin, um einen Bericht über Palästina zu präsentieren, sah er sie an und sagte: «Palästina. Das ist wirklich schlimm. Die Hölle auf Erden.»

Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International, erzählte diese Geschichte zur Eröffnung der Medienkonferenz nicht als rhetorischen Kunstgriff. Sie erzählte sie, weil der Mann etwas artikuliert hatte, das Regierungen in Europa beharrlich nicht artikulieren wollen: dass das, was in den besetzten palästinensischen Gebieten geschieht, nicht kommentierbar ist ohne Empörung.

Der neue Bericht, den Amnesty International am 10. Juni 2026 in Berlin vorstellte, heisst «Erasing Anything Palestinian: Israel's Ethnic Cleansing of the West Bank Bedouin and Herding Communities». Er umfasst 150 Seiten und ist das Ergebnis einer Feldforschung, die 2024 begann, von Gemeinden, mit denen Amnesty-Mitarbeitende seit über zwei Jahrzehnten in Kontakt stehen. Und er ist der jüngste in einer Serie von Berichten, die gemeinsam ein System dokumentieren: Apartheid, Genozid und nun die Vertreibungen im Westjordanland.

### **Ein Begriff mit Folgen**

Der Bericht kommt zu einer spezifischen, rechtlich definierten Schlussfolgerung: Israel begeht im Westjordanland ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nämlich Zwangsvertreibung («forcible transfer and deportation»), eingebettet in eine umfassendere Kampagne der ethnischen Säuberung.

Das ist keine politische Behauptung, sondern eine juristische. Budour Hassan, Researcherin bei Amnesty, erläuterte in Berlin die methodische Strenge dahinter: Amnesty habe dieselbe Sorgfalt angewandt wie bei den Berichten zur Apartheid und zum Genozid in Gaza. Beide Recherchen dauerten Jahre.

«Wenn wir als Amnesty uns entscheiden, einen Begriff wie «ethnische Säuberung» zu verwenden, dann ist das keine juristische Spitzfindigkeit», sagte Hassan. Was sie damit meint: Der Begriff ist nicht der Ausgangspunkt des Berichts, sondern das Ergebnis. Und er ist folgenreich. Liegt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor, entstehen daraus Pflichten für Drittstaaten. Hinter dem Bericht stehen Jahre systematischer Feldforschung: Interviews mit 64 Personen aus zwölf Gemeinden, Verifikation von über 420 Videos und Bildern, Analyse von Satellitenbildern, Gerichtsentscheiden, Koalitionsvereinbarungen, Gesetzestexten.

Der Begriff «ethnische Säuberung» ist selbst nicht als eigenständiges Verbrechen im Völkerstrafrecht kodifiziert. Amnesty folgt der Definition der UN-Expertenkommission zum ehemaligen Jugoslawien: «Eine gezielte Politik, die von einer ethnischen oder religiösen Gruppe verfolgt wird, um die Zivilbevölkerung einer anderen ethnischen oder religiösen Gruppe mit gewalttätigen und terrorisierenden Mitteln aus bestimmten geografischen Gebieten zu vertreiben.» Das ist das Muster, das der Bericht dokumentiert.

### **Die Buchhaltung der Vertreibung**

Zwischen Januar 2023 und April 2026 wurden 117 palästinensische Gemeinden vollständig oder weitgehend vertrieben, die meisten in Zone C, jenem Gebiet, das über 60 Prozent des Westjordanlandes umfasst und unter vollständiger israelischer Militär- und Zivilverwaltung steht. Insgesamt 5910 Menschen, überwiegend Beduinen und Hirtenfamilien, verloren ihr Zuhause.

Was der Bericht dahinter sichtbar macht, ist schwer zu fassen, nicht weil es unübersichtlich wäre, sondern weil es so systematisch ist. 3407 palästinensische Häuser, Schulen, Ställe, Tierunterstände, Wassertanks, Zisternen, Solaranlagen, Zelte, Lagerräume und Moscheen abgerissen – genehmigte Baupläne für Palästinenser in Zone C im selben Zeitraum: null. Israelische Streitkräfte töteten in diesen drei Jahren 1231 Palästinenser im Westjordanland. Das sind 43 Prozent aller dort seit 2005 Getöteten. Siedler töteten 31 Menschen, alle mit Schusswaffen, eine Zahl mehr als viermal so hoch wie in den sechs Vorjahren. Und der Staat finanzierte das mit: Das Jahresbudget des Siedlungsministeriums wuchs in drei Jahren um 122 Prozent auf 254 Millionen Dollar. Das Verkehrsministerium erhielt 1,1 Milliarden Dollar für den Ausbau von Strassen für Siedler, ein weiterer Fünfjahresplan sprach 919 Millionen für Siedlungen und ihre Infrastruktur. Die Regierung rüstete sogar Aussenposten direkt aus, die selbst nach israelischem Recht illegal sind: 2023 flossen rund 8 Millionen Dollar an gut hundert Aussenposten, für Drohnen, Fahrzeuge, Kameras.

2025 lieferte der Staat mindestens 48 Geländefahrzeuge nach, dazu Nachtsichtgeräte und Generatoren. Es ist die Ausrüstung, mit der vertrieben wird: Der Bericht dokumentiert Siedler, die mit ebendiesen Fahrzeugen in Schafherden rasen und Drohnen über palästinensische Dörfer fliegen, die Menschen überwachen und einschüchtern. Im April 2025 verteilten die Minister Smotrich und Strock 19 staatlich finanzierte Gelän-

defahrzeuge persönlich an Siedler bei Hebron. Smotrich betonte dabei offen deren Rolle bei der Übernahme palästinensischen Weideland: Mit den Fahrzeugen vertreiben Siedler Hirten und Herden von den Weiden, bis den Gemeinden die Existenzgrundlage fehlt.

Was Straflosigkeit in diesem Kontext bedeutet, zeigt exemplarisch der Fall des Aktivisten Awda al-Hathaleen. Am 28. Juli 2025 wurde er vom Siedler Yinon Levi in Umm al-Khair vor laufender Kamera erschossen. Der Mörder kam einen Tag in Haft und wurde drei Tage unter Hausarrest gestellt. Dann durfte er nach Umm al-Khair zurückkehren und begann einen neuen illegalen Aussenposten zu errichten. Bis heute gibt es keine Anklage. Und das ist laut Bericht die Regel: Die israelische Menschenrechtsorganisation Yesh Din hat seit 2005 über 1700 Ermittlungsverfahren gegen israelische Zivilisten wegen Vergehen an Palästinensern beobachtet. Rund 94 Prozent endeten ohne Anklage. Drei Prozent führten zu Verurteilungen.

### Wie Gemeinden verschwinden

Drei Gemeinden, drei Varianten des gleichen Ablaufs: Siedlerdruck, Abriss, Vertreibung und danach die verhinderte Rückkehr. Zum Beispiel Ain Samia zwischen Ramallah und Jericho: Flüchtlinge aus dem Jahr 1948 fanden hier im Westjordanland Zuflucht. Sie bauten eine kleine Schule. Die israelischen Behörden erklärten sie für illegal und liessen sie abreißen, weil in Zone C Palästinensern praktisch keine Baugenehmigungen erteilt werden. Ohne Schule, mit zunehmenden Siedlerangriffen, flohen die Bewohner im Mai 2023. Seither versuchen sie zurückzukehren, aber israelische Soldaten und Siedler hindern sie daran durch erneute Angriffe, Verhaftungen, und den Abriss ihrer Schule.

Die Gemeinde Zanuta im Südlichen Hebrongebirge: vollständig vertrieben im Oktober 2023. Die Bewohner klagten vor dem israelischen Obersten Gerichtshof, jenem Gericht, das laut Hassan «eine entscheidende Rolle bei der Festigung des israelischen Apartheid-Systems» gespielt hat. Und siehe: Sie bekamen Recht. Zweimal. Das Gericht verpflichtete das Militär, die Rückkehr zu ermöglichen und die Bewohner vor Siedlergewalt zu schützen. Das Militär ignorierte beide Urteile. Selbst der Sieg vor Gericht ändert in diesem System nichts. Er zeigt nur, dass der Staat sehr wohl wüsste, was Recht wäre und es trotzdem nicht durchsetzt.

Und Umm al-Khair, ebenfalls im Südlichen Hebrongebirge, jene Gemeinde, in der Yinon Levi den Aktivisten Awda al-Hathaleen erschoss. Dessen Cousin Eid al-Hathaleen, selbst Menschenrechtsverteidiger, lebt dort weiter, unter Abrissdrohung wie die gesamte Gemeinde. Die Familie baute einen kleinen Fussballplatz. Als Amnesty-Mitarbeitende die Gemeinde besuchten, sahen sie, wie die Familie das Tor umgestellt hatte, damit der Ball nicht mehr auf die Seite der Siedlung fliegen kann. Denn jeder Ball, der dort landete, war verloren: Die Siedler warteten darauf und gaben ihn nicht zurück.

Hassan übertrug das Bild auf die Weltpolitik: «Wann verschieben wir den Torpfosten für Israel?»

### «Ein staatliches Projekt»

Der entscheidende argumentative Kern des Berichts und Callamards eindringlichster Punkt an der Berliner Pressekonferenz ist folgender: Was im Westjordanland geschieht, ist keine Abweichung, kein Werk von Extremisten, kein Kollateralschaden fanatischer Minister, sondern israelische Staatspolitik. «Das ist nicht das Werk von Einzelgängern», sagte Callamard. «Es geht nicht auf das Konto einiger weniger Siedler oder sogenannter extremistischer Minister. Das ist ein staatliches Projekt.»

Der Bericht analysiert die Koalitionsvereinbarung der aktuellen israelischen Regierung, Legislationspakete, Landregistrierungsänderungen, die vereinfachten Genehmigungsverfahren für Siedlungsbau, die rückwirkende Legalisierung von Aussenposten, die Übertragung von Kompetenzen im Westjordanland von Militär auf Zivilbehörden in Verletzung des humanitären Völkerrechts. Ausserdem dokumentiert er Aussage um Aussage israelischer Staatsvertreter, die explizit «maximale Landfläche, minimale arabische Bevölkerung» fordern.



Die Anklage und die Beweisführung: Agnès Callamard und Forscherin Budour Hassan: «Das ist nicht das Werk einiger weniger Siedler oder sogenannter extremistischer Minister. Das ist ein staatliches Projekt.»

© Jarek Godlewski / Amnesty

Das ist der Kernkonflikt mit der bisherigen europäischen Reaktion: Die EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, haben Siedlergewalt wiederholt als Problem einzelner Akteure dargestellt, nicht als systemische Politik. Die bisherigen Sanktionen richteten sich gegen einzelne Personen und einige Siedlerorganisationen, was Callamard als «völlig unzureichend» bezeichnete. «Sie haben offensichtlich keinen Einfluss auf das Tempo der Siedlungsausdehnung.»

### **Triptychon des Schreckens**

Es ist wichtig, den neuen Bericht in seiner Kontinuität zu verstehen. 2022 veröffentlichte Amnesty International den Bericht «Israels Apartheid gegen die Palästinenser\*innen». Er stufte Israels Herrschaft über die Palästinenser als Apartheid ein und damit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Bericht schlug hohe Wellen, wurde von einer Reihe von Medien auch in der Schweiz und vor allem in Deutschland in einem Atemzug mit Antisemitismusvorwürfen behandelt und von pro-israelischen Gruppen als Delegitimierungskampagne zurückgewiesen. Dann kam der 7. Oktober 2023.

Was danach folgte, ist dokumentiert: Zehntausende zivile Opfer in Gaza, wiederholte Verstösse gegen die Genfer Konventionen, Belagerung, Hunger als Kriegsmittel. Amnesty veröffentlichte im Dezember 2024 einen Bericht, der Israel des Verbrechens des Genozids in Gaza bezichtigt. Nun, im Juni 2026, folgt der Westjordanland-Bericht, als dritter Teil eines Triptychons des Schreckens: Apartheid, Genozid, ethnische Säuberung.

Die drei umfassenden Berichte verstärken sich gegenseitig argumentativ: Sie beschreiben das gleiche System mit unterschiedlichen geographischen Ausprägungen. «Diese Kampagne hat ihre Wurzeln in Israels seit langem bestehendem Apartheid-System», sagte Callamard. «Die Kampagne der ethnischen Säuberung ist nichts Neues.»

### **Ein Abkommen als Hebel**

Amnesty lancierte den Bericht bewusst auf einen konkreten Termin hin: Am 15. Juni treffen sich in Brüssel die EU-Aussenminister, um über die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens zu beraten. Das Abkommen gewährt Israel weitgehende wirtschaftliche Privilegien. Artikel 2 aber verpflichtet beide Seiten zur Achtung der Menschenrechte. Im Juni 2024 stellte die EU-Kommission offiziell fest, dass Israel genau diese Klausel verletzt. Ob das Abkommen nun tatsächlich ausgesetzt wird, hängt nach Einschätzung von Amnesty vor allem von zwei Ländern ab: Deutschland und Italien. «Eine Aussetzung des Abkommens wäre ein deutliches Signal», sagte Julia Duchow von der deutschen Amnesty-Sektion. Und mehr noch: «Es wäre ein wirksames Druckmittel, da die EU Israels wichtigster Handelspartner ist.» Agnès Callamard wies darauf hin, dass Israel auf wirtschaftlichen Druck reagiert: Als die EU-Kommission im vergangenen Jahr eine Aussetzung androhte, bot die israelische Regierung zumindest pro forma humanitäre Zugänge nach Gaza an.

### **«Kriegsverbrecher auf unseren Strassen»**

Was Amnesty fordert, geht weit über diesen einen Schritt hinaus. Drittstaaten sollen alle Handels- und Investitionsbeziehungen und sämtliche Aktivitäten verbieten, die zu Israels unrechtmässiger Besetzung, dem Apartheidsystem oder der ethnischen Säuberung beitragen oder direkt damit verknüpft sind und zudem die Finanzierung von Organisationen unterbinden, die integraler Teil des Siedlungsunternehmens sind. Fünf namentlich genannte Regierungsmitglieder – Netanyahu, Ben-Gvir, Katz, Smotrich, Strook – sollen mit Einreiseverboten und Vermögenseinfrierungen belegt werden: wegen ihrer mutmasslichen Verantwortung für schwere völkerrechtliche Verbrechen an Palästinensern, einschliesslich der Zwangsvertreibung der Beduinen- und Hirtengemeinden, und für die Aufrechterhaltung der unrechtmässigen Besetzung und des Apartheidsystems.

Alle Staaten – Amnesty richtet sich besonders an die Vertragsstaaten des Strafgerichtshofs – sollen mit dem ICC kooperieren und auf die rasche Ausstellung von Haftbefehlen drängen. Ausserdem sollen sie eigene Strafverfolgungen einleiten, gegen mutmassliche Täter aus den Reihen der Armee wie unter den Siedlern. Bei manchen bräuchte es dazu nicht einmal die universelle Jurisdiktion: Eine Reihe von Siedlern und Soldaten, die im Westjordanland aktiv seien, besitze neben der israelischen eine europäische Staatsbürgerschaft und wäre der nationalen Justiz direkt zugänglich. «Auf unseren Strassen laufen Kriegsverbrecher herum, und niemand unternimmt etwas dagegen», sagte Callamard.

Das klingt nach Eskalation, könnte aber auch das Gegenteil sein: die Feststellung nämlich, dass bisher nichts geschah. Keine systemischen Massnahmen. Keine wirtschaftlichen Konsequenzen. Die Regierungen beliessen es bei Worten, und die Vertreibung ging weiter.

Inzwischen gibt es 117 vertriebene Gemeinden im Westjordanland, wie der Bericht belegt. Allein im nördlichen Jordantal sind 38 weitere akut bedroht, rund 7000 Menschen. Und in den Gemeinden, die noch stehen, so berichtete Callamard in Berlin, «haben sich Mütter daran gewöhnt, in ihren Kleidern und Schuhen zu schlafen, damit sie, sollten die Siedler in der Nacht angreifen, schneller rennen können und mit mehr Würde».

## Wahrer Reichtum

Bist du schön oder reich oder hast du Macht,  
dann wirst du auf Erden angehimmelt wie ein Gott.  
Bist du arm und bescheiden, so wirst du ausgelacht  
und erntest Häme, Missachtung, Hohn und Spott.  
Doch die materielle Art von Reichtum ist bedeutungslos,  
denn allein Wissen und Liebe sind erstrebenswert und rein.  
Nur ein wirklich weiser Mensch ist in sich reich und gross,  
weil sein Sinnen und Streben dahin geht, wahrer Mensch zu sein.  
Achim Wolf, [www.freunderwahrheit.de](http://www.freunderwahrheit.de), den 14. Juni 2026

## Des Lebens Ziel und Sinn

Du sollst endlich deinen Egoismus und deine Sturheit ablegen  
Mensch der Erde, was dir innere Freiheit und Fortschritt schafft.  
Und die Energie dafür aktivierst du durch deines Willens Kraft  
Wodurch du lebst in Logik und wandelst auf schöpferischen Wegen.  
Dein Leben ist kein Zufall, weder nutzlos noch ohne Sinn.  
Nein, du bist zu höherem, zur bewussten Evolution bestimmt.  
Richtest du dich nach der Schöpfung Gesetzen, ist es dein Gewinn.  
Verbringst du die Zeit ohne Nutzen, so dein Leben traurig verrinnt.  
Achim Wolf, [www.freunderwahrheit.de](http://www.freunderwahrheit.de) - 14. Juni 2026

## Wahre Führungskräfte

Menschen, die nicht mit allen verfügbaren Kräften  
für den Frieden kämpfen und alles Menschenmögliche  
dafür tun, diesen durch Gespräche, Verständigung  
und wahren Pazifismus zu erreichen und zu erhalten,  
haben in Führungspositionen NICHTS zu suchen  
und sollten sofort aus ihren Ämtern entfernt werden,  
denn sie versagen in jeder Beziehung darin,  
für das Wohl der Menschen, für das Leben und  
für den wahren Frieden zu arbeiten.

## True Leaders

People who do not devote all their energy  
to fighting for peace and do everything in their power  
to achieve and maintain it through dialogue,  
understanding, and true pacifism have NO place  
in leadership positions and should be removed  
from office immediately, for they fail in every respect  
to work for the good of humanity, for life, and for true peace.  
Achim Wolf, [www.freunderwahrheit.de](http://www.freunderwahrheit.de) | 16. Juni 2026

**INFOSperber**  
sieht, was andere übersehen.

13.6.2026

**KI entwarnen – Enzyklika von Papst Leo birgt Sprengstoff**  
**Die Enzyklika des Papstes trifft in den USA auf politische Bestrebungen, die den enormen Reichtum von Big Tech umverteilen wollen.**

Hanna Muralt Müller

*Red. Als Vizekanzlerin im Bundeshaus von 1991 bis 2005 leitete die Autorin verschiedene Digitalisierungsprojekte. Heute verfolgt Hanna Muralt Müller die Entwicklung der künstlichen Intelligenz in ihren Newsletters.*



Am Pfingstmontag stellt Papst Leo XIV seine Enzyklika vor:  
«Die KI muss ähnlich kontrolliert werden wie die Atomenergie.» © ARD

Papst Leo XIV. gibt mit seiner Enzyklika ethische Richtlinien für das KI-Zeitalter vor. Er thematisiert die wachsende Verfügungsmacht in privater Hand von wenigen Big-Tech-Unternehmen, sowohl in materieller wie kultureller Hinsicht. Er ruft alle Menschen guten Willens auf, gemeinsam die Handlungsmacht zurückzugewinnen und ein friedliches neues Jerusalem aufzubauen. Ohne je Namen zu nennen, wird klar, gegen wen er sich mit dem Appell richtet. Seine Botschaft fällt in eine Zeit des wachsenden Unmuts über KI in den USA.

### **Turmbau zu Babel stoppen – und ein neues Jerusalem aufbauen**

Papst Leo XIV., der erste Amerikaner in diesem Amt, war persönlich an der Präsentation seiner Enzyklika (deutsch) anwesend – ein Novum – und hielt seine Ansprache auf Englisch. Wie die «New York Times» festhält, steht im Zentrum seiner Kritik nicht die Technik als solche, sondern ihre Vergötterung als neue KI-Religion. Er bringt dies mit zwei Metaphern ins Bild: In menschlicher Hybris wird am Turm zu Babel gebaut, was ins Chaos und Verderben führt. Er hingegen ruft die Völkergemeinschaft auf, schrittweise das neue Jerusalem zu errichten.

Zwei klare Aussagen in der Enzyklika werden in den USA Stirnrunzeln verursachen.

- Papst Leo erklärte, die «Theorie des gerechten Krieges» sei längst überholt (Absatz 192).
- Papst Leo entschuldigte sich dafür, dass die katholische Kirche die transatlantische Sklaverei erst im 19. Jahrhundert entschieden verurteilt hat (Absatz 176).

### **Gegen Krieg und Sklaverei – KI entwaffnen – öffentliche Kontrolle und Teilhabe**

Die Enzyklika kreist in ihren 245 Absätzen um die zentrale Aussage, dass KI in den Dienst aller Menschen und des Gemeinwohls zu stellen sei. Hierzu müsse KI nicht nur reguliert, sondern «entwaffnet» werden (Absatz 110), und zwar nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch als technischer und wirtschaftlicher Treiber des geopolitischen Wettrennens und als Machtinstrument gegen Menschen. Damit lehnt er den KI-Wettlauf mit China ab, der in den USA überparteilich akzeptiert wird.

Er prangert die Konzentration von Verfügungsmacht bei einigen wenigen Big Tech an und verlangt Transparenz, öffentliche Kontrolle und echte Formen der Teilhabe und Mitwirkung, insbesondere auch bei Entscheidungen über Algorithmen, Daten und Plattformen (Absätze 71, 76, 178).

### **Weiterer Affront: Anthropic's Präsenz**

Mit Christopher Olah wurde nicht irgendein KI-Tech-Gigant zur Präsentation eingeladen, sondern ein Mitbegründer von Anthropic. Anthropic steht derzeit im Rechtsstreit mit dem Pentagon, weil es die Nutzung seines Sprachmodells für vollautomatisierte Waffensysteme und die Massenüberwachung der US-Bevölkerung verweigerte (siehe Infosperber vom 20. Mai 2026 und Infosperber vom 26. Februar 2026).

In seiner kurzen Ansprache dankte Christopher Olah für die päpstlichen Richtlinien, da es für führende Forschungslabors oft schwierig sei, im Wettbewerb und unter geopolitischem Druck das Richtige zu tun. Es brauche die kritische Stimme der Kirche in enger Zusammenarbeit mit den KI-Labs. Über Olah, der sich als Atheist versteht, bestanden seit längerer Zeit Kontakte zwischen Anthropic und katholischen Geistlichen in den USA.

### **Die Enzyklika trifft auf eine USA in Aufruhr**

Wie jüngste Umfragen aufzeigen, wächst in den USA der Widerstand gegen KI enorm. KI ist zum Reizwort geworden. Absolventen an der Uni in Arizona haben den Ex-Google-Chef Erich Schmidt wegen KI ausgebuht. Die Ursachen sind nachvollziehbar. Die Schere öffnet sich immer mehr zwischen den Reichen, die

dank ihrem Aktienbesitz immer noch reicher werden, und jenen, die für ihr tägliches Auskommen kämpfen und fürchten, wegen KI ihre Stelle zu verlieren.

Die Hälfte der Bevölkerung hat so gut wie keinen Zugang zum Aktienmarkt. Die Aktienvermögen sind sehr ungleich verteilt, verfügen doch 10 Prozent der Reichen wertmässig über 90 Prozent und ein einziges Prozent dieser Reichen allein über 50 Prozent der Aktienbestände. Diese werden zu einem Grossteil nicht versteuert. Aktien werden in den USA in der Regel erst mit dem Gewinn aus ihrem Verkauf steuerpflichtig. (Siehe «Keine Einkommensteuern mehr zahlen? Werden Sie Milliardär!», Infosperber vom 15. April 2026)

Die grössten Tech-Konzerne (Microsoft, Apple, Nvidia, Alphabet, Amazon, Meta, Tesla etc.) machen zusammen fast 30 Prozent des Aktienindex S&P-500 aus. Die Kursentwicklung der Technologiebörse Nasdaq 100 wird in der Praxis stark von wenigen Mega-Cap-Techs getragen, insbesondere von Nvidia, Apple, Microsoft, Amazon und weiteren KI-/Cloud- und Halbleiterwerten.

Obwohl diese Aktienvermögen in der Zusammensetzung der Steuererträge kaum erfasst sind, stammt der Hauptteil der Einnahmen – je nach Bundesstaat in unterschiedlicher Höhe – aus den Steuern der Reichen und Superreichen. Dies zeigt, wie gross die Reichtumsschere ist.

### **Steuerfragen und bedingungsloses Grundeinkommen**

Die Reichtumsschere könnte destabilisierend wirken und löste bereits Reaktionen auf politischer Ebene aus. Mehrere demokratisch regierte Bundesstaaten erhöhten die Steuern für Millionäre. Die demokratische US-Senatorin Elizabeth Warren, eine der schärfsten Gegnerinnen von Trump, forderte kürzlich eine umfassende Steuerreform auf nationaler Ebene.

Zudem gab es in mehreren Bundesstaaten Pilotversuche zu einem bedingungslosen Grundeinkommen. Einige Tech-Grössen befürworteten es, und der Open-AI-CEO Sam Altman war an einem Pilotversuch beteiligt. Auch sein Rivale, der Anthropic-CEO Dario Amodei, unterstützt es. Wie der Papst in der Enzyklika (Absätze 212ff.) hält er jedoch fest, ein Grundeinkommen genüge nicht, da Arbeit, nicht eine Geldleistung, sondern Sinn und Selbstwertgefühl vermittele.

### **Neuere Vorschläge für einen KI-Staatsfonds**

Sowohl Dario Amodei als auch Sam Altman publizierten auf ihren Homepages zahlreiche Vorschläge, wie die Politik auf die grossen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen reagieren sollte. Besonders interessant sind ihre Ideen für einen KI-Staatsfonds.

Dario Amodei schlug bereits im Oktober 2025 in seinem Papier «Preparing for AI's economic impact; exploring policy responses» die Schaffung eines KI-Staatsfonds vor (sovereign wealth funds, Ziffer 7). Über diesen Staatsfonds könnte die Öffentlichkeit auf die Entwicklung von KI einwirken und die Erträge an die Bevölkerung verteilen. Sam Altman skizzierte in seinem im April 2026 veröffentlichten Strategiepapier «Industrial Policy for the Intelligence Age» einen Public Wealth-Fund (Seite 7). Es brauche zudem einen neuen Gesellschaftsvertrag, ähnlich dem New Deal.

### **Stellenabbau kaum prognostizierbar**

Die US-Bevölkerung sorgt sich vor allem um einen KI-bedingten möglichen Verlust an Arbeitsstellen. Tatsächlich haben Dario Amodei und etwas weniger stark auch Sam Altman letztes Jahr davor gewarnt. Beide relativierten kürzlich ihre diesbezüglichen Aussagen. Insbesondere Amodei wurde vorsichtiger, da bei den jüngsten Automatisierungen im Softwarebereich kaum Stellen abgebaut wurden. Amodei führt dies auf das berühmte «Jevons-Paradoxon» zurück, wonach die Automatisierung tiefere Preise ermöglicht, was die Nachfrage erhöht.

### **Kalifornien erschreckt Milliardäre**

Was in Kalifornien passiert, erregt weltweit Aufsehen, handelt es sich doch bei diesem US-Bundesstaat um die weltweit viertgrösste Volkswirtschaft. Eine mit über 1,5 Millionen Unterschriften (nötig wären rund 875'000) eingereichte Initiative kommt im November 2026 zur Abstimmung. Sie verlangt – mit Rückwirkung auf den 1. Januar 2026 – eine einmalige Abgabe von 5 Prozent auf Vermögen über eine Milliarde, was bei den über 200 Milliardären im Silicon Valley rund 100 Milliarden einbringen soll.

Der demokratische Gouverneur Newsom warnte vor dem Wegzug dieser Milliardäre. Denn wenn die Schätzungen stimmen, könnten bereits mit sechs Milliardären, die wegziehen, rund 27 der geschätzten 100 Milliarden wegfallen. Kalifornien kennt dieses Problem, verlegten doch einige Tech-Giganten schon früher ihren Sitz in steuergünstigere Bundesstaaten wie Texas und Florida, so zum Beispiel Elon Musk (Texas). Gründe für den Wegzug Peter Thiels nach Florida und Argentinien sind offensichtlich Weltuntergangssängste, aber auch das Vermeiden der kalifornischen Steuer.

Der Amazon-CEO Jeff Bezos wurde mit seinem Vorschlag, der unteren Hälfte der US-Bevölkerung die Einkommenssteuer zu erlassen, zur Zielscheibe der Kritik. Es stimmt zwar, dass diese weniger betuchten 50 Prozent nur drei Prozent zum Steuerertrag beitragen und ihr Wegfall verkräftbar wäre. Aber dieser Vorschlag, der wohl diese Bevölkerungsschicht besänftigen sollte, kam vom viertreichsten Tech-Boss aus dem

steuergünstigen Florida. Zudem hat er seine renommierte «Washington Post» auf die Trump-Regierung umgesteuert.

Interessanterweise erklärte sich der Nvidia-CEO Jensen Huang mit der 5-Prozent-Initiative in Kalifornien einverstanden. Auch das gibt es.

### **Philanthropie zur Vermeidung von Steuern**

Andere Milliardäre zeigen sich von ihrer philanthropischen Seite. Die Philanthropie ist in den USA vielfach auch eine Form der Steuervermeidung, aber sie hat ein freundlicheres Gesicht als Steuerflucht. Sehr bekannt ist die Gates-Foundation, aber es ist längst nicht die einzige Stiftung. Mark Zuckerberg, Elon Musk und Larrs Ellison (Executive Chairman von Oracle) und auch Sam Altman sind auf der Spendenliste Giving Pledge aufgeführt. Allerdings habe die grosse Mehrheit der Unterzeichneten ihr philanthropisches Versprechen noch nicht eingelöst, und Peter Thiel habe Musk geraten, sich auf der Liste streichen zu lassen. Wie die steuerbefreiten Stiftungen ihre Milliarden einsetzen, bleibt in der Entscheidungsmacht der Milliardäre. Die sieben Co-Gründer von Anthropic, darunter Christopher Olah, gaben Ende Januar 2026 das bisher grösste Versprechen ab. Sie wollen 80 Prozent ihres Reichtums für den sozialen Ausgleich einsetzen. Ihr Vermögen wird jetzt, kurz vor dem Börsengang, auf 965 Milliarden Dollar geschätzt.

### **Politbombe mit wohl ewig langer Zündschnur**

Der 83-jährige US-Senator Bernie Sanders, ein linkes politisches Urgestein, steht im Kontakt mit Sam Altman. Ausgehend von den Konzepten von Amodעי und Altman will er mit einem Gesetzesvorschlag, dem AI-Sovereign-Wealth-Fund-Act, einen Staatsfonds schaffen. Dieser soll mit einer einmaligen Abgabe von 50 Prozent der Aktien von Big Tech geäuft werden. Der öffentlich kontrollierte Fonds würde die Aktien halten und mit 50-Prozent-Stimmrechtsanteilen Einfluss auf die Entwicklung der KI-Technologie nehmen können. Ein nationales Gesetz würde zudem Steuerflucht innerhalb der USA verhindern.

Sanders ist parteilos und landete zweimal, 2016 und 2020, als Präsidentschaftskandidat auf dem zweiten Platz. Er hat politisches Gewicht, aber ob seine Bombe je zünden wird, darf bezweifelt werden. Was politisch derzeit möglich ist, wird in der völlig verwässerten KI-Regulierung sichtbar, die Trump unter Ach und Krach am 2. Juni 2026 im zweiten Anlauf unterzeichnet hat.

### **Reaktionen in den USA auf die Enzyklika**

Der Papst gibt in seiner Enzyklika die Richtung vor. Er überlässt das Feld konkreter politischer Massnahmen der Politik. Aber seine Botschaft trifft in den USA auf eine Bevölkerung, die stärker als in Europa von religiösen Fragen durchdrungen ist. Vor allem bei evangelikalischen Christen sind Endzeiterwartungen verbreitet (siehe Infosperber vom 20. Mai 2026). Mit seinem Bild vom Aufbau eines neuen Jerusalem richtet sich der Papst auch gegen den Defätismus dieser Kreise, für die sich ein Einsatz für eine bessere Welt so kurz vor deren Untergang nicht lohnt.

Der Papst wendet sich aber auch gegen jene Technikfreaks in den USA (Absätze 115ff), die den Menschen mit KI optimieren (Transhumanismus) oder gar den Hybriden «Mensch-Maschine» (Posthumanismus) entwickeln wollen.

Einigen Tech-Milliardären dürfte die Enzyklika sehr missfallen. Interessanterweise bleibt es erstaunlich still. Vermutlich ist Totschweigen in der aufgeladenen gesellschaftlich explosiven Situation angesagt. Eine Streitdebatte könnte der Enzyklika zu mehr Beachtung verhelfen.



depositphotos.com

**Wenn Geld bedeutungslos wird: Elon Musks KI-Zukunft könnte die grösste Machtverschiebung der Geschichte auslösen**

uncut-news.ch, Juni 19, 2026

Elon Musk zeichnet das Bild einer Zukunft, die wie ein technologisches Paradies klingt. Künstliche Intelligenz und Roboter würden nahezu unbegrenzt Waren und Dienstleistungen produzieren. Die Preise würden fallen, Deflation würde einsetzen und die Menschen erhielten eine Art universelles Grundeinkommen. Irgendwann, so Musk, gäbe es schlicht nichts mehr, was Maschinen nicht besser erledigen könnten. Geld würde seine Bedeutung verlieren.

Doch hinter dieser verheissungsvollen Vision verbirgt sich eine unbequeme Frage: Was bedeutet eine Welt ohne Arbeit und ohne Geld für die Freiheit des Einzelnen?



Seit Jahrhunderten verschafft Arbeit den Menschen nicht nur Einkommen, sondern auch Unabhängigkeit. Wer eigenes Geld verdient, kann Entscheidungen treffen, ohne jemanden um Erlaubnis bitten zu müssen. Wer hingegen vollständig von einem Grundeinkommen abhängig ist, verliert einen Teil dieser Selbstbestimmung. Die entscheidende Frage lautet daher nicht, ob es genug Güter gibt – sondern wer darüber entscheidet, wer Zugang dazu erhält.

Musk spricht von einer Zukunft, in der Geld irrelevant wird. Doch wenn Menschen ihren Lebensunterhalt nicht mehr selbst erwirtschaften können, weil Maschinen nahezu alle Tätigkeiten übernehmen, entsteht eine neue Form der Abhängigkeit. Wer verteilt das Grundeinkommen? Wer legt die Bedingungen fest? Wer entscheidet, ob jemand weiterhin Anspruch darauf hat?

Die Gefahr liegt auf der Hand: Ein universelles Grundeinkommen könnte an Bedingungen geknüpft werden. Wer sich den gesellschaftlichen Regeln widersetzt, unbequeme Meinungen äussert oder als «problematisch» eingestuft wird, könnte sanktioniert werden. Was heute wie eine Verschwörungstheorie klingt, wäre technisch problemlos umsetzbar: Konten sperren, digitale Identitäten deaktivieren, Leistungen aussetzen oder den Zugang zu bestimmten Dienstleistungen einschränken.

Ausgerechnet einer der reichsten Menschen der Welt erklärt, Geld werde bald bedeutungslos. Gleichzeitig beruht sein eigener Einfluss auf dem Besitz grosser Technologieunternehmen. Musk betont, sein Vermögen bestehe aus Anteilen an Firmen, die «nützliche Dinge tun». Doch genau darin liegt der Kern des Problems: Wenn einige wenige Konzerne die KI-Systeme, die Roboter, die Rechenzentren und die Energieversorgung kontrollieren, kontrollieren sie die Grundlagen des menschlichen Lebens.

Musk formuliert es selbst: In Zukunft gehe es nicht mehr um menschliche Währungen, sondern um «Wattzahl und Tonnage». Energie und materielle Ressourcen würden zur eigentlichen Währung werden. Wer die Technologie beherrscht, beherrscht die Produktion. Wer die Produktion kontrolliert, kontrolliert die Versorgung. Und wer die Versorgung kontrolliert, kontrolliert letztlich die Gesellschaft.

Die industrielle Revolution brachte einst Wohlstand, aber auch Kinderarbeit und extreme Machtkonzentration hervor. Erst politische Kämpfe erzwangen soziale Rechte und Schutzmechanismen. Die KI-Revolution könnte diesen Umbruch um ein Vielfaches übertreffen. Noch nie in der Geschichte verfügten so wenige Akteure über die Möglichkeit, Kommunikation, Information, Energie, Produktion und Zahlungsströme gleichzeitig zu kontrollieren.

Die eigentliche Debatte lautet deshalb nicht, ob KI die Welt reicher machen wird. Wahrscheinlich wird sie das. Die entscheidende Frage ist vielmehr: Wird diese neue Welt den Menschen mehr Freiheit schenken – oder sie in eine technokratische Abhängigkeit führen, in der Wohlstand nur noch jenen gewährt wird, die sich fügen?

Die Zukunft könnte tatsächlich grossartig werden. Sie könnte Hunger und Armut beseitigen und Menschen von harter Arbeit befreien. Sie könnte aber ebenso eine Gesellschaft hervorbringen, in der eine kleine technologische Elite darüber entscheidet, wer Zugang zu Ressourcen erhält und wer ausgeschlossen wird. Wenn Geld tatsächlich bedeutungslos wird, bleibt am Ende nur eine Frage: Wer kontrolliert die Maschinen – und wer kontrolliert die Menschen?

Quelle: <https://uncutnews.ch/wenn-geld-bedeutungslos-wird-elon-musks-ki-zukunft-koennte-die-groesste-machtverschiebung-der-geschichte-ausloesen/>



depositphotos.com

## Wenn die Spur nicht nach Moskau, sondern nach Tel Aviv führt

uncut-news.ch, Juni 19, 2026

Jahrelang wurde die Öffentlichkeit vor russischer Wahleinmischung gewarnt. Politiker, Medien und Geheimdienste erklärten immer wieder, wie gefährlich ausländische Desinformationskampagnen für die Demokratie seien. Doch nun sorgt ein Fall für Unruhe, der das vertraute Narrativ auf den Kopf stellt: Französische Behörden ermitteln wegen mutmasslicher digitaler Einflussoperationen einer israelischen Firma – und die Spur führt weit über Frankreich hinaus.

Im Zentrum steht die israelische Firma **BlackCore**. Nach Angaben der französischen Desinformationsbeobachtungsstelle Viginum soll sie bei den französischen Kommunalwahlen im März gezielt Kandidaten der linksgerichteten Partei **La France Insoumise (LFI)** ins Visier genommen haben. Die Betroffenen – Sébastien Delogu, François Piquemal und David Guiraud – gelten als entschiedene Unterstützer der palästinensischen Sache.

Die Methoden erinnern an die Blaupause moderner Informationskriegsführung: gefälschte Blogs, manipulierte Inhalte, kompromittierende Nachrichten und koordinierte Social-Media-Kampagnen. Französische Ermittler sprechen von einer «böswilligen Kampagne», die darauf abgezielt habe, die Information der Bürger zu verfälschen.

**Don** ✓

[@Donuncutschweiz](#) · Folgen

✕

🇫🇷 🇮🇱 Frankreich ermittelt gegen mutmaßliche israelische Wahleinmischung: Spur führt zu Fake-Konten und Schmutzkampagnen

Jahrelang wurde vor russischer Wahleinmischung gewarnt. Nun ermitteln französische Behörden wegen einer mutmaßlichen israelischen Einflussoperation: Die Firma [Mehr anzeigen](#)

3:15 nachm. · 14. Juni 2026
ⓘ

❤️ 31
💬 Antworten
🔗 Link kopier.

3 Antworten lesen

Doch die Affäre endet nicht an den Grenzen Frankreichs.

Nach Angaben von Viginum wurde das gleiche Vorgehen offenbar auch bei der **Bürgermeisterwahl in New York 2025**, bei **Wahlen in Schottland** sowie in **Angola und Togo** eingesetzt. Der Leiter der Behörde erklärte öffentlich, dieses «Modus Operandi» sei keineswegs auf Frankreich beschränkt gewesen. (Reuters)

Besonders brisant: Recherchen von **Haaretz** und der französischen Zeitung **Libération** zufolge verfügte BlackCore über Systeme zum Aufbau einer regelrechten «Armee von Avataren». Die Firma soll Netzwerke aus Fake-Konten betrieben haben, um Narrative zu verbreiten und Debatten gezielt zu beeinflussen. (haaretz.com)

In Schottland sollen laut französischen Ermittlern hunderte inauthentische Konten mehr als tausend koordinierte Beiträge gegen den schottischen Regierungschef John Swinney und die SNP verbreitet haben. Die Angriffe richteten sich ausgerechnet gegen einen Politiker, der die humanitäre Lage in Gaza scharf kritisiert hatte. (theguardian.com)

Frankreich hat inzwischen offiziell **Erklärungen von Israel verlangt** und um Unterstützung gebeten, um die Hintermänner der mutmasslichen Kampagnen zu identifizieren. Wer die Operationen tatsächlich in Auftrag gegeben hat, bleibt bislang ungeklärt. Selbst Viginum räumt ein, keine eindeutigen Beweise für einen staatlichen Auftraggeber zu besitzen. (Reuters)

Dennoch wirft der Fall unangenehme Fragen auf.

Wenn russische Einflussoperationen als Angriff auf die Demokratie gelten – wie sollte die Öffentlichkeit reagieren, wenn die Spur zu einer israelischen Firma führt? Werden für unterschiedliche Staaten unterschiedliche Massstäbe angelegt? Und warum finden manche Vorwürfe weltweite Aufmerksamkeit, während andere kaum über Fachkreise hinaus bekannt werden?

Fest steht: Der digitale Informationskrieg ist längst zu einem globalen Geschäft geworden. Private Firmen bieten Einfluss als Dienstleistung an – mit Fake-Profilen, Desinformation und gezielten Rufmordkampagnen. Die Grenzen zwischen kommerziellem Auftrag, politischer Agenda und geopolitischer Einflussnahme verschwimmen zunehmend.

Die eigentliche Geschichte lautet daher nicht nur, dass eine israelische Firma unter Verdacht steht. Sie lautet:

Die Werkzeuge, vor denen Demokratien seit Jahren warnen, scheinen heute von einer wachsenden Industrie genutzt zu werden – und die Frage, wer sie einsetzt, wird offenbar ebenso politisch behandelt wie die Einmischung selbst.

Quelle: Israeli Firm BlackCore Suspected of Meddling in NYC, Scotland Elections, French Official Says

Quelle: <https://uncutnews.ch/wenn-die-spur-nicht-nach-moskau-sondern-nach-tel-aviv-fuehrt/>



Dr. Gary Lee Todd via Wikimedia

## Wie China heimlich die Welt vor einer Ölkrise bewahrt

uncut-news.ch, Juni 18, 2026

Während westliche Analysten nach dem Iran-Krieg vor einer globalen Rezession und Ölpreisen von weit über 150 US-Dollar pro Barrel warnten, blieb der grosse Preisschock bislang aus. Brent-Rohöl notiert weiterhin unter der psychologisch wichtigen Marke von 100 Dollar. Der Grund dafür könnte ausgerechnet in Peking liegen.

Denn China – der grösste Ölimporteur der Welt – hat seine Rohölkäufe drastisch zurückgefahren. Nach Angaben des Wall Street Journal importierte das Land zeitweise rund **3 Millionen Barrel pro Tag weniger** als üblich. Das entspricht in etwa dem täglichen Ölverbrauch von Italien und Frankreich zusammen. Mit anderen Worten: Während die Welt auf die Strasse von Hormus startete, zog China still und leise den grössten Nachfragedämpfer des Planeten.

### Die chinesische Energiewende als Krisenpuffer

Wie gelingt es einer Volkswirtschaft von der Grösse Chinas, ihren Ölbedarf so stark zu senken, ohne wirtschaftlich einzubrechen?

Ein Grund ist die massive Elektrifizierung des Verkehrs. Millionen Chinesen nutzen inzwischen das Hochgeschwindigkeitsbahnnetz statt Inlandsflüge. Gleichzeitig steigt die Zahl der Elektrofahrzeuge rasant. Während grosser Feiertage soll bereits rund ein Viertel des Strassenverkehrs auf E-Autos entfallen.

Was jahrelang als industriepolitisches Prestigeprojekt belächelt wurde, wirkt nun wie ein geopolitischer Airbag gegen globale Energieschocks.

### China zehrt von seinen Reserven

Hinzu kommt: Peking hatte rechtzeitig vorgesorgt.

Über Jahre kaufte China günstiges russisches, iranisches und venezolanisches Öl und füllte seine strategischen Lagerbestände. Analysten gehen davon aus, dass die Reserven auf bis zu **1,4 Milliarden Barrel** angewachsen sein könnten – genug, um selbst bei hoher Entnahme viele Monate zu überbrücken.

Während andere Staaten hektisch nach Ersatzlieferungen suchen mussten, konnte China auf Vorräte zurückgreifen und seine Importe drosseln.

### Kunststoff statt Benzin? Die Prioritäten wurden verschoben

Ein weiterer Faktor: China reduzierte Berichten zufolge die Auslastung grosser petrochemischer Anlagen und priorisierte die Versorgung des Binnenmarktes mit Kraftstoffen.

Statt die Bevölkerung die Folgen der Krise unmittelbar spüren zu lassen, wurden Produktionsbereiche zurückgefahren, die vor allem Vorprodukte für die Kunststoffindustrie herstellen.

Das Ergebnis: Weniger Rohölbedarf – und zusätzlicher Druck von den internationalen Märkten.

### Die unbequeme Wahrheit

Die Behauptung, China habe die Welt «gerettet», ist zugespitzt. Natürlich spielten auch andere Faktoren eine Rolle: strategische Reserven westlicher Staaten, zusätzliche Fördermengen anderer Produzenten und eine schwächere Weltkonjunktur.

Doch die unbequeme Realität bleibt bestehen:

Hätte China seine Ölimporte nicht in diesem Ausmass reduziert, wäre die globale Nachfrage deutlich höher geblieben – in einer Phase, in der mehr als ein Zehntel der weltweiten Rohölversorgung zeitweise unter Druck stand.

Die Folge wären mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich höhere Energiepreise gewesen – mit entsprechenden Auswirkungen auf Inflation, Wirtschaftswachstum und die Lebenshaltungskosten weltweit.

### Die Ironie der Geschichte

Ausgerechnet das Land, das im Westen oft als grösster geopolitischer Rivale dargestellt wird, könnte durch seine langfristige Energieplanung, seine strategischen Reserven und seine Elektrifizierung des Verkehrs dazu beigetragen haben, den schlimmsten Ölpreisschock der jüngeren Geschichte abzufedern.

Ob aus strategischem Kalkül oder aus purem Eigeninteresse: Während andere Staaten auf Krisen reagieren, scheint China bereits für die nächste vorbereitet zu sein.

Quellen:

- **Wall Street Journal:** *China Is Propping Up the World Economy by Importing a Lot Less Oil*  
<https://www.wsj.com/business/energy-oil/china-is-propping-up-the-world-economy-by-importing-a-lot-less-oil-f12d7813>
- **Wall Street Journal (Live Coverage):** *China's Slumping Oil Imports Keep Prices in Check*  
<https://www.wsj.com/livecoverage/stock-market-today-dow-sp-500-nasdaq-06-09-2026/card/china-s-slumping-oil-imports-keep-prices-in-check-IPG03pGkQSGfX4gqgDNQ>
- **Reuters:** *Goldman lowers 2027 Brent oil forecast on supply growth, demand risks*  
<https://www.reuters.com/business/energy/goldman-lowers-2027-brent-oil-forecast-supply-growth-demand-risks-2026-06-12/>
- **Reuters:** *OPEC again lowers 2026 global oil demand growth forecast*  
<https://www.reuters.com/business/energy/opec-again-lowers-2026-global-oil-demand-growth-forecast-2026-06-11/>
- **Reuters:** *Oil extends losses as Trump calls off planned strikes on Iran*  
<https://www.reuters.com/business/energy/oil-extends-losses-trump-calls-off-planned-strikes-iran-2026-06-12/>
- **Reuters:** *World Bank cuts global growth outlook to 2.5%, warns of drop to 1.3% if war fallout spreads to markets*

<https://www.reuters.com/world/china/world-bank-cuts-global-growth-outlook-25-warns-drop-13-if-war-fallout-spreads-2026-06-11/>

Quelle: <https://uncutnews.ch/wie-china-heimlich-die-welt-vor-einer-oelkrise-bewahrt/>



<https://shape.nato.int/saceur-2>, Screenshot

## NATO-Oberbefehlshaber widerspricht Angriffsbehauptungen: «Russland sucht keinen Konflikt»

Entgegen der alarmistischen Warnungen der deutschen Politiker und Militärs wie Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), Wehrminister Boris Pistorius (SPD) und Heeresinspekteur Generalleutnant Christian Freuding vor einem bevorstehenden russischen Angriff stellte am 11.6.2026 der höchste militärische Befehlshaber der NATO in Europa und Chef des US European Command, General Alexus Grynkeiwich, nüchtern fest: «Russland sucht keinen Konflikt.» Er habe die Geheimdienst-Informationen genau verfolgt. – Warum sagen Merz, ein «offener Kriegshetzer» (Prof. Jeffrey Sachs), Pistorius aus den Regierungsparteien CDU/SPD und ihre Gehilfen so dreist permanent das Gegenteil und schüren einen Wahnsinns-Krieg in Europa gegen Russland?

Nach Meldung der «Berliner Zeitung», hat der Generalinspekteur des Heeres, Generalleutnant Christian Freuding, noch am selben Tag entsprechende Warnungen bekräftigt. In einem Interview mit Politico habe er erklärt, es gebe unter den NATO-Staaten einen breiten Konsens darüber, dass Russland bis 2029 die Fähigkeit entwickeln könnte, das Bündnisgebiet anzugreifen. Wörtlich:

«2029 ist keine deutsche Zeitlinie. Es handelt sich um eine **von der NATO abgestimmte Geheimdienst-Bewertung**. Alle 32 Nato-Partner stimmen darin überein, dass Russland 2029 die Fähigkeit haben könnte, ein NATO-Land anzugreifen.» (Hervorhebung hl)

Zugleich habe der General gewarnt, Russland könne auch früher handeln. Deshalb müsse Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit deutlich schneller ausbauen. «Wir müssen bereit sein zu kämpfen.»

Auch der britische Premierminister Keir Starmer, so die «Berliner Zeitung» weiter, habe erst vor wenigen Tagen behauptet, Russland könne bereits bis 2030 eine direkte Bedrohung für NATO-Staaten darstellen. «Britische Geheimdienste und andere Bündnisstaaten gingen davon aus, dass Moskau innerhalb weniger Jahre die Fähigkeit entwickeln könnte, das Bündnis unmittelbar herauszufordern.»

Starmer sprach «von der «gefährlichsten und unsichersten Zeit» seines Lebens.»

Wen wundert`s, sind die Briten doch die intensivsten Wühler gegen Russland.

Aus den baltischen Staaten Estland, Lettland oder Litauen kommen ja schon lange regelmässig Warnungen vor möglichen russischen Aggressionen. Und Russland-Feinde von dort bestimmen auch weitgehend die feindliche Haltung der EU gegenüber Russland.

Demgegenüber habe, so die «Berliner Zeitung», der US-General auf der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin laut «Financial Times» erklärt: Russland sei «nicht auf einen Konflikt aus». –

General Grynkeiwich habe die militärische Abschreckungsfähigkeit der NATO in den Mittelpunkt seiner Argumentation gestellt. Auf die Frage nach einem möglichen Angriff auf die baltischen Staaten habe er laut «Financial Times» erklärt, seine Aufgabe bestehe darin, Russland klar zu machen, dass ein solcher Schritt scheitern würde. Er habe **die Geheimdienstinformationen sehr genau verfolgt**. Russland verstehe, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis sei und über «eine Reihe asymmetrischer Vorteile» verfüge. «Weil sie wissen, dass sie keinen Erfolg hätten, werden sie ein solches Risiko nicht eingehen.» Gleichzeitig habe der General die Einsatzbereitschaft des Bündnisses betont. Auf die Frage, ob die NATO im Ernstfall sofort kämpfen könne, antwortete er: «Absolut.»

Die «Berliner Zeitung» weist darauf hin, dass auch aus Moskau seit Monaten Zurückweisungen der europäischen Behauptungen eines bevorstehenden russischen Angriffes kommen. Russlands Präsident Wladimir Putin habe Befürchtungen eines russischen Angriffs auf NATO-Staaten erst vergangene Woche als «Unsinn» bezeichnet. «Das ist eine bewusste Provokation, um eine Bedrohung zu schaffen, die es in Wirklichkeit nicht gibt, und die Bevölkerung dazu zu bringen, mehr Geld für Verteidigung auszugeben», habe Putin gesagt. Die Vorstellung eines russischen Angriffs auf das Bündnis sei «absurd».

Die Feststellung des Oberkommandierenden der NATO-Truppen in Europa hat vor allen anderen Äusserungen hoher Militärs ein besonderes Gewicht. Denn er trägt von seiner Seite die letzte Verantwortung für die Sicherheit Europas. Er habe **die Geheimdienstinformationen sehr genau verfolgt**, sagt er, und kommt zu diesem Schluss, dass Russland keinen Konflikt mit der NATO suche.

Wenn der deutsche Heeres-Inspekteur am selben Tag erklärt, es sei eine **«von der NATO abgestimmte Geheimdienstbewertung»**, dass Russland bis 2029 oder gar noch früher fähig und auch bereit zu einem Angriff sei, ist das ja eine genau gegenteilige Behauptung. Entweder lügt er, oder er beruft sich auf eine NATO-Bewertung, die vor der Amtszeit General Grynkewics getroffen wurde, der seit 4. Juli 2025 im Amt ist. Aber dann sagt er auch nicht die Wahrheit, denn eine solche kann aktuell unter General Grynkewich nicht zustande gekommen sein.

Auch die Feststellung General Grynkewics bestätigt, dass die deutsche Regierung und ihre militärischen Mitläufer «nicht vom Willen des Grundgesetzes beseelt sind, dem Frieden in der Welt zu dienen», wie ich in dem gleichlautenden Artikel vom 2. Juni 2026 nachgewiesen habe. Sie gehören, wie dort begründet, vor Gericht gestellt.

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2026/06/18/nato-oberbefehlshaber-widerspricht-angriffsbehauptungen-russland-sucht-keinen-konflikt/>

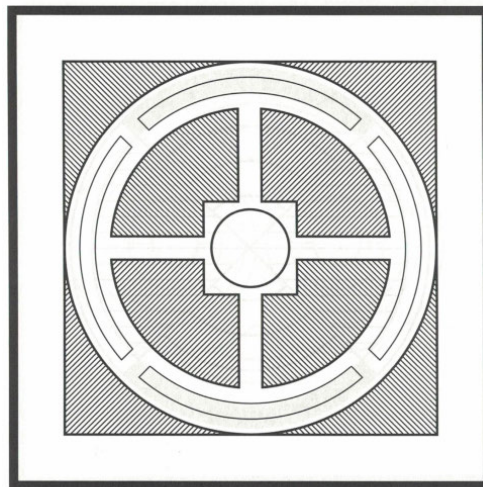
Quelle: <https://uncutnews.ch/nato-oberbefehlshaber-widerspricht-angriffsbehauptungen-russland-sucht-keinen-konflikt/>

## Unverständliche Dummheit und Untätigkeit

von A.J., Deutschland

Es ist Juni 2026, die Menschen befinden sich im Fussball-Weltmeisterschaft-Fieber und auch die Luft erwärmt sich durch ein zentrales Hochdruckgebiet mit Omega-Lage bis fast 40 Grad, jedenfalls in Südwestdeutschland, wo ich wohne. Leider ist auch die Weltlage nach wie vor als heiss zu bezeichnen und es droht demgemäss unverändert ein dritter resp. vierter grosser Weltenbrand, denn der 7-jährige Krieg von 1756 bis 1763 war in Wahrheit bereits der 1. Weltkrieg. Im Wesentlichen standen damals Preussen und Grossbritannien einer Allianz aus der Habsburgermonarchie mit dem Heiligen Römischen Reich sowie Frankreich, Russland und Spanien gegenüber, was effektiv einem Weltkrieg entspricht. Bekanntermassen kamen von 1914 bis 1918 und von 1939 bis 1945 zwei weitere Weltkriege dazu, mit denen die Menschen der Erde resp. die kleine Minorität der Mächtigen unermessliches Leid über die Menschheit ihres Planeten brachten. Doch haben sich die Menschen seitdem weiterentwickelt und haben sie aus dem Elend gelernt, haben sie endlich Vernunft walten lassen und haben sie nur noch solche Führungspersonlichkeiten zugelassen, deren Charakter integer, deren Sinnen und Trachten in Tat und Wahrheit auf das Wohl der Völker, auf wahren Frieden, auf Harmonie, Frieden, Freiheit und Liebe ausgerichtet ist? Die Antwort lautet klar und deutlich NEIN, denn es liegt für jeden sehenden bzw. bewusst seine Umwelt wahrnehmenden Menschen klar auf der Hand, dass sich einerseits Wissenschaft und Technik stark weiterentwickelt haben, aber andererseits der Mensch als solcher in seiner Bewusstseinsentwicklung quasi stehengeblieben ist und aus den bitteren Geschehen der Vergangenheit wenig oder gar nichts Greif- und Brauchbares gelernt hat. Im Gegenteil – die neue Generation der Politiker, Wirtschafts- und Militärmachthaber usw. scheint dümmer resp. nicht-denkender zu sein denn je zuvor. Denn wie sonst kann man es sich erklären, dass man seitens der Mörderorganisation NATO und der EU-Diktatur wie besessen auf einen Krieg gegen Russland hinarbeitet, der seit Februar 2022 im Grunde genommen schon als Stellvertreterkrieg durch die Ukraine geführt wird und der jeden Moment zu einem offenen Krieg zwischen Russland und Europa und den USA eskalieren kann. Des Weiteren gibt es zahllose weitere Brandherde auf dieser Welt, wobei wohl der von der israelischen Führung angezettelte Völkermord an den Palästinensern der schlimmste Genozid seit dem Holocaust durch die Nazis ist. Der bewusst und gesund denkende Mensch muss sich haareraufend an den Kopf fassen, wenn er sieht, dass die Menschen tausend- und millionenweise wie Bekloppte dem Fussballwahn frönen und sich schreiend und johlend bei einem Sieg ihrer Mannschaft vergnügen oder aber gewaltmässig ausrasten, wenn diese nicht gewinnt, während gleichzeitig ein verheerender Weltenbrand vor der Türe steht, der vielen Millionen Menschen einen grausamen und sinnlosen Tod und unsägliches Leid bringen kann. Die Begriffe Schlafwandeln, Gleichgültigkeit, Teilnahmslosigkeit, Blindheit und horrend, bohnenstrohdumme Ignoranz sind angesichts dessen fast noch freundlich und harmlos zu nennen, denn durch rationales Denken allein lässt sich das Verhalten bzw. Nichtstun der Menschen und ihr krankhafter Wahnsinn kaum noch erklären oder be-

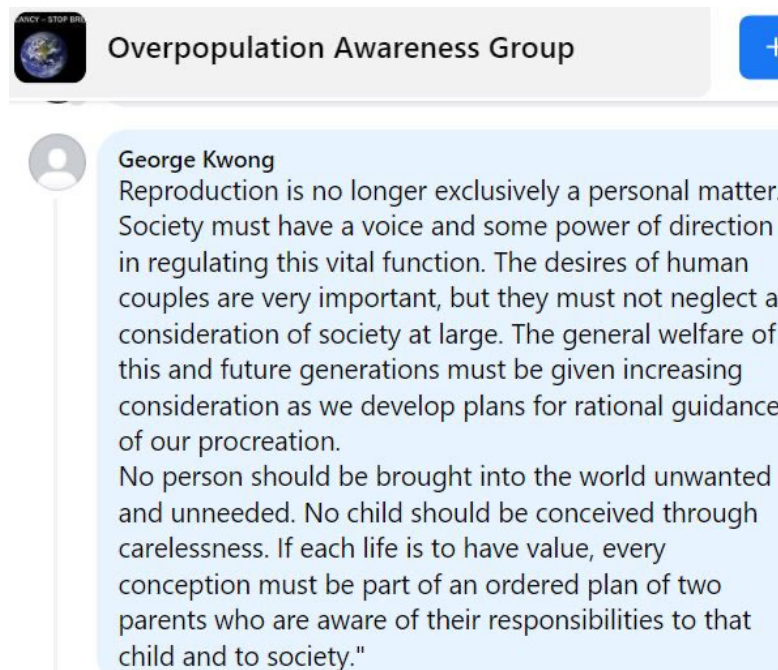
greiflich machen. Wohl haben die Religionen ihren verstandesvernichtenden Feldzug gegen die Freiheit und den Fortschritt des menschlichen Denkens geführt und über die Jahrtausende hinweg die Menschen zum Nichtdenken, zur Gleichgültigkeit und zur Apathie erzogen und durch ihr Gift die Gehirne der Menschen aufgeweicht und in tiefe Dunkelheit, Vernebelung und in krankhafte Wirrnis geführt. Wohl trägt die horrenden Überbevölkerung der Population mit fast 10 Milliarden Menschen auf dem 3. Planeten des SOL-Systems der Galaxie Milchstrasse im DERN-Universum unserer Zwillingschöpfung durch die zwangsläufig daraus hervorgehende Degeneration immer mehr dazu bei, dass dem Menschen sein eigenes Leben und das seiner Nächsten und der Natur, der er doch sein Leben verdanken sollte, anscheinend keinen Pfifferling mehr wert ist und in seinem Schädel statt einem denkenden Gehirn nur noch ein kaltes Vakuum zu sein scheint. Sind wir nicht trotz allem einfach nur Menschen, die wirklichen Frieden haben wollen, die sich nach Harmonie, Freude, Freiheit und nach einem glücklichen Leben in Gesundheit inmitten einer blühenden Natur sehnen? Auch wenn das mit Sicherheit für die Mehrheit der Erdenmenschen richtig ist, so reicht es dennoch nicht aus, einfach nur von Harmonie und Liebe zu träumen und ansonsten die Hände in den Schoss zu legen und das Schicksal einem imaginären Gott oder sonstigen Hirngespinnsten zu überlassen. Denn wie unwürdig, feige, dumm, lächerlich und entwürdigend ist es doch, wenn die Menschen sich so demütig-passiv, bar jeden Mutes, bar jeden Anfluges von Verstand, Vernunft und wahrer Verantwortung sich in einen noch unvorstellbar scheinenden Atomkrieg treiben lassen, ohne sich wirklich dagegen zu wehren?! BEAM betont immer wieder, dass die Menschen aufwachen müssen und alle Psychopathen, Kriegstreiber, unfähige Mächtige, Egomane, Verführer, Tyrannen und sonstige Elemente aus ihren Ämtern und Positionen entfernt werden müssen, damit wirklich fähige, gute und nach den schöpferischen Richtlinien denkende, sich verhaltende und danach lebende Menschen an ihre Stelle gesetzt werden können, die selbstlos, weise, liebevoll und zugleich streng aber gerecht ihre Aufgaben erfüllen und den Menschen der Erde wirklichen Frieden bringen. Das würde aber voraussetzen, dass die Menschen endlich aus ihrem selbstgewählten Tiefschlaf aufwachen wollen und ein guter Teil davon sich mittels Gewaltloser Gewaltlosigkeit aufraffen würde, um Religionen und jede Art von Politik in die Mülltonne zu treten, damit an deren Stelle ein Leben der Menschen nach den schöpferisch-natürlichen Gesetzen und Geboten treten könnte.



Symbol «Gewaltsame Gewaltlosigkeit»

Ja, hier regiert der Konjunktiv, denn alles HÄTTE, WÜRDE, KÖNNTE und SOLLTE ist sinn- und zwecklos, wenn das kleine Schöpfungsenergielehre-Volk unter den Erdenmenschen in der absoluten Minderheit ist und gegen die grosse Masse der Uneinigen, Unwissenden und Nicht-Denkenden im schöpferisch-wissenden Sinne nicht ankommt. Was bleibt, ist immer wieder dagegen anzuschreiben und bei Gelegenheit darüber zu sprechen, wenn danach gefragt wird, was falsch läuft auf dieser Welt, was wirklich richtig, gut und wichtig wäre zu tun und die Menschen im übertragenen Sinn verbal am Kragen zu packen und ordentlich durchzuschütteln. Dies in der Hoffnung, dass mehr und mehr Menschen endlich aufwachen und aus wenigen Einzelnen irgendwann eine grosse, kräftige Gruppe an Wissenden und Weisen entsteht, die ihr Schicksal und das der ganzen Menschheit in gute Hände nehmen und all ihr Denken, Fühlen, Sinnen, Empfinden, Handeln und tun nach den allgrosszeitlichen, hehren und weisen Richtschnüren der Schöpfung ausrichten. Damit eines leider noch fernen Tages der glückliche Tag kommt, an dem wir alle sagen werden «... UND ES **IST** FRIEDEN AUF ERDEN!»

**Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!**



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

Quelle: [https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment\\_id=3121554504645562&notif\\_id=1710329001813654&notif\\_t=group\\_comment](https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562&notif_id=1710329001813654&notif_t=group_comment)



## Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach außen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

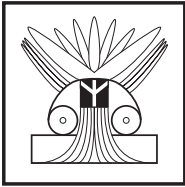


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol zu umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

**Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.**



**Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffst Unfrieden, Hass und Unheil**

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol  
darauf und verbreitet es!**

**Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.**



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

## Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden  
And there shall be PEACE on Earth**

AMANI  
BARIŞ  
PAQE  
PACE  
MIP  
PAIX  
PAZ



EIPHNH  
VREDE  
平和  
שרום  
शांति  
سلام  
صلح

**FIGU.ORG**  
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti  
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

### Autokleber

#### Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

### Bestellen gegen Vorauszahlung:

**FIGU**  
Hinterschmidrüti 1225  
8495 Schmidrüti  
Schweiz

### E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org  
www.figu.org  
Tel. 052 385 13 10  
Fax 052 385 42 89

### IMPRESSUM

#### FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** FIGU-Wassermannzeit-Verlag,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
**Redaktion:** BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89  
Wird auch im Internet veröffentlicht  
**Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite**

**Postcheck-Konto:** FIGU Freie Interessengemeinschaft,  
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3  
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** info@figu.org

**Internetz:** www.figu.org

**FIGU-Shop:** http://shop.figu.org



© FIGU 2026

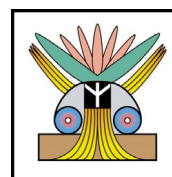
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden  
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleeber  
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

#### Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.  
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz